

# Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.  
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich  
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 55 Pfennig.  
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart  
12. Juni 1912

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit  
sind zu richten an Frau Clara Zetkin (Zunfel), Wilhelmshöhe,  
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich  
in Stuttgart, Furtach-Straße 12.

## Inhaltsverzeichnis.

Die Frauenerwerbsarbeit im Deutschen Reiche. I. — Von der Tätigkeit der sozialdemokratischen Frauen in Finnland. Von Silja Pärssinen. — Die Frau als Spiegel. Von N. Wagner. — Ueberfüllte Klassen. Von J. B. — Die Verwaltungszentrale des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Von Sk.  
Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Frauenkonferenz in Magdeburg. — Frauenkonferenz in Erfurt. — Nachträgliches vom Frauentag. — Unfaire Agitation und Verichterstattung. Von Luise Zieg. — Sozialistische Blindenliteratur. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Der Deutsche Holzarbeiterverband. Von Sk. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F.  
Notizenteil: Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Fürsorge für Mutter und Kind. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Die Frau in öffentlichen Ämtern. — Literarisches.

## Die Frauenerwerbsarbeit im Deutschen Reiche.

### I.

Die Erwerbsarbeit der Frau als Massenerscheinung gehört zu den hervorstechendsten Wesenszügen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Mit der Entwicklung des Kapitalismus hat sie einen Umfang und eine Bedeutung gewonnen, daß das gesellschaftliche Wirtschaftsleben unserer Zeit ohne sie undenkbar ist. Alle Wünsche und Bestrebungen, die Frau wieder aus diesem zu verbannen und mit ihrer Tätigkeit zurück ins Haus zu verweisen, zerschellen als Utopistereien, ja Kindereien an der Macht harter Tatsachen, die von der kapitalistischen Ordnung erzeugt wurden und untrennbar von ihr sind.

Dem modernen fabrikmäßigen Großbetrieb der kapitalistischen Gütererzeugung sind die gebändigten Naturkräfte untertan, er gebietet über Kraft- und Werkzeugmaschinen, über wissenschaftliche Produktionsverfahren. Damit überwindet er das zünftige Handwerk und erst recht die frühere produktive Arbeit der Frau in der Familienwirtschaft. Diese Arbeit ist vielfach die Zelle des Handwerkes gewesen, stellt aber heute bei den Kulturvölkern dessen zwerghafte, rückständigste, verkümmertste Form dar. Großindustrie und Großhandel zusammen verdrängen ihre Erzeugnisse deshalb auch aus der kleinstädtischen Bürgerfamilie, die ihr Heim und ihre Gedanken voller Urbäter Hausrat erhalten möchte.

In Industrie und Gewerbe sprengt die neue Produktionsweise gleichzeitig die Bedingungen und Satzungen, die hier die gesellschaftliche Arbeit als gelernte, Muskelkraft fordernde nach jahrhundertelangem Kampfe dem Manne allein vorbehalten hatten. Wo die Maschine, wo Chemie und Elektrizität Helfer bei der Gütererzeugung sind, da dringt auch die Frauenarbeit unaufhaltbar vor. Denn sie hat zwei Bahnbrecher, die in der kapitalistischen Ordnung unbezwingbar sind: das Profitbegehren der ausbeutenden Unternehmer, das nach billigen Arbeitskräften lechzt, und das Elend der ausgebeuteten Proletarier, das den Verdienst des Weibes zur Notwendigkeit macht. Jedoch auch in den Schichten des Klein- und Mittelbürgertums und der bürgerlichen

Intelligenz setzt sich der Zwang zur Erwerbsarbeit des weiblichen Geschlechtes durch. Seelische Not, die nach einem pflichtgemäßen Lebensinhalt suchen läßt, treibt manche bürgerliche Frau aus ihrem „Puppenheim“; viele von ihnen aber müssen den Lebensunterhalt verdienen, weil die Ehemöglichkeit geringer, das Alter der Eheschließung ein höheres wird, weil die selbständige Existenz des Familienvaters durch die Herrschaft des Großkapitals ins Wanken gerät und sich verschlechtert. Wachsende Scharen bürgerlicher Frauen sind auf dem Gebiet des Handels, Verkehrs und der liberalen Berufe tätig. Die Landwirtschaft ist seit je ein Feld weiblichen Wirkens gewesen. Weder der feudale Gutsherr noch der Kleinbauer hätte ohne die ausgiebigste Betätigung weiblicher Arbeitskraft auskommen können. Unter der Einwirkung des Kapitalismus vollzieht sich jedoch auch in der Landwirtschaft eine Erweiterung und Umschichtung der Frauenarbeit. Das weibliche Geschlecht nimmt einen stark steigenden Anteil an der landwirtschaftlichen Gütererzeugung und zwar ebenfalls in der Hauptsache durch Lohnarbeiterinnen.

So tritt der Kapitalismus auf allen Gebieten menschlichen Schaffens als der unüberwindbare Revolutionär auf, der das Weib aus der Enge der Familienwirtschaft wieder in die gesellschaftliche Produktion zurückführt. So wird aber auch andererseits die Berufsarbeit der Frau zu einem der Maßstäbe, an denen wir die fortschreitende Reise des Kapitalismus ablesen können und damit die sich vollziehende Umwälzung der heutigen in die sozialistische Ordnung. Was uns die Berufszählungen des Reiches von 1882, 1895 und 1907 über den Umfang und die Art der Frauenerwerbsarbeit sagen, verdient daher die höchste Beachtung. Bei der Bedeutung, die der Berufsarbeit des weiblichen Geschlechtes zukommt, beleuchtet es das Tätigkeits- und Kampfesfeld der Gewerkschaften, die die Lage des Proletariats in der Gegenwart heben wollen und heben müssen. In seinem Zusammenhang mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung aber weist es über die kapitalistische Gegenwart hinaus in die sozialistische Zukunft und mahnt an unsere Aufgabe, sie im Bewußtsein und Willen der Massen vorzubereiten. Wir haben bereits in unserer letzten Nummer die Aufmerksamkeit auf die beiden Abhandlungen des „Korrespondenzblatt“ gelenkt, die zur Frage der Frauenarbeit die wichtigsten Ergebnisse der Berufszählung von 1907 enthalten, sorgfältig durchgearbeitet und mit denen der früheren Erhebungen verglichen. Was wir nachstehend von dem überreichen Tatsachenmaterial entnehmen, mag den tätigen Genossen zeigen, wie unumgänglich es ist, daß sie die beiden statistischen Studien selbst gründlich durcharbeiten.

Das Deutsche Reich hatte 1907 eine Gesamtbevölkerung von 61 720 529; die weibliche Bevölkerung machte etwas mehr als die Hälfte davon aus, nämlich 31 259 429. Von 1882 bis 1895 war die weibliche Bevölkerung um über 3 Millionen, von 1895 bis 1907 um fast 5 Millionen gewachsen. Ihre Zunahme auf das Hundert betrug zwischen der ersten und

zweiten Zählung 14,26; zwischen der zweiten und dritten jedoch 18,58. Die männliche Bevölkerung hat sich von 1895 bis 1907 etwas stärker vermehrt, nämlich um 19,88 auf das Hundert. Wie aber steht es mit der Zunahme der Erwerbstätigen im Hauptberuf bei beiden Geschlechtern? Die Zahl der hauptberuflich erwerbstätigen Frauen — ohne die Dienenden, die 1907 trotz eines erheblichen Rückgangs noch 1 249 383 ausmachten — stellt sich 1882, 1895 und 1907 wie folgt: 4 259 103, 5 264 393, 8 243 498. Für die männlichen Erwerbstätigen im Hauptberuf erhalten wir die Zahlen: 13 372 905, 15 506 482, 18 583 864. In den dreizehn Jahren zwischen 1882 und 1895 ist die Zahl der erwerbstätigen Männer um 2 133 577 gewachsen oder um 15,9 auf das Hundert, in den zwölf Jahren zwischen 1895 und 1907 um 3 077 382 oder 19,8 auf das Hundert. Für die erwerbstätigen Frauen ergibt sich in der ersten Vergleichsperiode ein Anwachsen um 1 005 290 oder 23,6 auf das Hundert, in der zweiten ein solches um 2 979 105, das ist 56,6 auf das Hundert. In beiden Zeiträumen haben also die hauptberuflich erwerbstätigen Frauen verhältnismäßig bei weitem stärker zugenommen als die weibliche Bevölkerung überhaupt und als die erwerbstätigen Männer. In der einen wie der anderen Beziehung ist ihre Vermehrung von 1895 bis 1907 besonders auffällig. Die Umwandlung der Frau aus einem Nichts-als-Hausmütterchen in eine Berufstätige geht danach in einem beschleunigten Tempo vor sich. In steigendem Maße und rasch verliert die Familie die Kraft, ihren weiblichen Angehörigen einen wirtschaftlich erhaltenden und innerlich befriedigenden Wirkungskreis zu bieten. Der gleiche Zusammenhang wird auch durch andere Zahlen erwiesen. Der Anteil der berufslosen Angehörigen an der Gesamtbevölkerung ist zurückgegangen, und zwar besonders stark bei dem weiblichen Geschlecht. Für dieses sank er in den Vergleichsjahren 1882, 1895 und 1907 von 37,21 auf 36,06 bzw. auf 32,36 vom Hundert, während er bei den männlichen Angehörigen 17,87, 17,09 und 16,61 vom Hundert der Gesamtbevölkerung betrug. Die Ziffern und die hinter ihnen stehenden gesellschaftlichen Tatsachen schlagen also die Ansicht auf den Mund, daß das Haus die Welt des Weibes sei und im Wandel der Zeit ewig bleiben müsse.

In allen großen Berufsgebieten der offiziellen Statistik hat die Zahl der erwerbstätigen Frauen zugenommen. Sie ist in der Industrie, zu der auch Bergbau und Banwesen gerechnet sind, von 1 126 976 im Jahre 1882 auf 1 521 118 im Jahre 1895 und 2 103 924 im Jahre 1907 gestiegen; sie hat also in der ersten Vergleichsperiode um 34,97 und in der zweiten um 38,32 Prozent zugenommen. In sämtlichen 16 betreffenden Berufsgruppen ist seit 1882 die Zahl der erwerbstätigen Frauen gewachsen. In einigen hat sie sich zwischen 1882 und 1907 verdoppelt und verdreifacht, so in der Industrie der Steine und Erden, der Metallverarbeitung, der Papierindustrie, der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel; in der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate hat sie sich ungefähr verdreifacht, in der chemischen Industrie vervierfacht. 1907 standen in der Textilindustrie 529 008 männlichen 528 335 weibliche Erwerbstätige gegenüber; im Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe hatten die letzteren mit 883 184 die ersteren überflügelt, deren Zahl nur 808 885 betrug. Steigende Erwerbstätigkeit der Frauen finden wir auch auf dem Gebiet des Handels und Verkehrs, dem das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe angegliedert worden ist. Hier ist die Zahl der weiblichen Hauptberufstätigen seit 1882 von 298 110 auf 579 608 im Jahre 1895 und 931 373 im Jahre 1907 angeschwollen, ihre Zunahme beträgt 94,42 Prozent von 1882 bis 1895 und 60,69 Prozent von 1895 bis 1907. Besonders stark ist die Zunahme im Handels- und Verkehrsgewerbe, dem Post-, Telegraph- und Eisenbahndienst. Für beide Berufsgruppen hat sich die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen seit 1882 rund verdreifacht, sie ist im Handelsgewerbe von 175 661 auf 545 177 in die Höhe gegangen, im Verkehrsgewerbe von

14 169 auf 42 814. Unzweifelhaft nehmen diese beiden Berufsgruppen einen beträchtlichen Zustrom bürgerlicher Frauen auf. Ganz besonders auffallend ist das riesige Anschwellen der Frauenarbeit in der Landwirtschaft mit der ihr zugerechneten Gärtnerei, Tierzucht, Forstwirtschaft und Fischerei. Die Zahl der weiblichen Berufstätigen stellt sich hier 1882, 1895 und 1907 auf 2 534 909, 2 753 154 und 4 598 986; sie hat sich in der ersten Vergleichsperiode um 8,61 Prozent vergrößert, in der zweiten um 67,04 Prozent. Der überraschende Zuwachs an weiblichen Erwerbstätigen entfällt fast ausschließlich auf die eigentliche Landwirtschaft und erklärt sich zum Teil dadurch, daß 1907 die Statistik die sogenannten „mithelfenden Familienangehörigen“, die hauptberuflich erwerbstätig waren, strenger erfaßt hat als bei den beiden früheren Zählungen. Jedoch erklärt dieser Umstand die bemerkenswerte Erscheinung auch nur zum Teil. Denn ihr steht die Tatsache zur Seite, daß die erwerbstätige männliche Bevölkerung in der Landwirtschaft seit 1882 absolut und relativ geringer geworden ist, nämlich um 417 316 oder um 7,3 Prozent. Die Aufwärtsbewegung der Zahl weiblicher Berufstätiger beträgt für diese Zeit 2 064 077 oder 81,4 Prozent. Wir werden auf diese wichtige Erscheinung in einem anderen Zusammenhang noch ausführlich zurückkommen.

Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr umschließen zusammen den weitaus größten Teil der erwerbstätigen Bevölkerung des Deutschen Reiches. Von je 100 Erwerbstätigen entfielen 1907 auf sie allein 91,8. Es liegt daher auf der Hand, wie bedeutsam es für das gesamte Wirtschaftsleben ist, daß auf diesen drei Berufsgebieten die Frauenarbeit unaufhaltbar an Umfang gewinnt. Das ist jedoch auch bei den übrigen großen Berufsgruppen der Fall. Die Zahl der Frauen, die ihren Unterhalt im häuslichen Dienste erwerben — ohne indessen unter dem Dache der Herrschaft zu leben — oder durch Lohnarbeit wechselnder Art, hat sich seit 1882 fast verdoppelt. Sie betrug in dem genannten Jahre 183 836, 1895 233 865 und 1907 320 904. Dieses Mehr von 137 068 Personen wird durchaus nicht durch den Rückgang in der Zahl der weiblichen Dienenden wettgemacht, die im Hause ihrer Herrschaft leben. Er beträgt 33 031; 1882 wurden 1 282 414 solcher Dienenden verzeichnet, 1895 1 313 957 und 1907 1 249 383. Es muß außerdem berücksichtigt werden, daß die Zahl der männlichen Dienenden dieser Kategorie verhältnismäßig noch weit stärker zurückgegangen ist, von 42 510 im Jahre 1882 auf 15 372 im Jahre 1907. Auf dem großen Erwerbsgebiet, das die sogenannten freien Berufe umfaßt, ist die Frauenarbeit seit 1882 stetig vorgeedrungen. Die Erhebungen der drei Jahre geben folgende Ziffern über die betreffenden weiblichen Berufstätigen: 115 272, 176 648 und 288 311. Mehr als Verdoppelung der erwerbenden Frauen ist also auch hier das Ergebnis der sich vollziehenden Entwicklung. Die steigende Zahl der Lehrerinnen, Ärztinnen, Schriftstellerinnen usw. läßt einen Rückschluß darauf zu, daß die kapitalistische Ordnung auch die unteren und mittleren bürgerlichen Schichten der Gesellschaft dauernd erschüttert und zerlegt.

Den 9 492 881 weiblichen Erwerbstätigen im Hauptberuf müssen noch für 1907 hinzugefügt werden 3 396 600 Fälle nebenberuflicher Erwerbsarbeit von Frauen; und es verdient dabei besondere Beachtung, daß 596 734 hauptberuflich tätige Frauen auch noch eine Nebentätigkeit ausübten. Die angeführten Ziffern zeigen genügend deutlich, daß unter der Herrschaft des Kapitalismus gegen die Erwerbsarbeit der Frau kein Kraut gewachsen ist. Ihr Umfang und ihre Wichtigkeit muß wachsen, solange die Kräfte wirken, die unser heutiges Wirtschafts- und Gesellschaftsleben treiben. In der folgenden Nummer werden wir prüfen, was uns die Entwicklung der Frauenarbeit über die Umschichtung der Gesellschaft als Werk dieser Kräfte lehrt. Es ist eine Bestätigung der sozialistischen Erkenntnis, daß die kapitalistische Ordnung nicht bloß die sozialistische in ihrem Schoße trägt, sondern auch ihre eigenen Totengräber erzeugt.

## Von der Tätigkeit der sozialdemokratischen Frauen in Finnland.

I. K. Das Jahr 1911 setzte in Finnland mit Neuwahlen zum Landtag ein, die am 2. und 3. Januar stattfanden. Die neue Volksvertretung trat im Februar zusammen. Die letzten Jahre hatten in kurzen Zwischenräumen wieder und wieder Wahlen gebracht, durch die die Gemüter in Spannung gehalten worden waren. Nun kam eine Zeit verhältnismäßiger Ruhe. Trotzdem fanden auch jetzt Versammlungen statt, in denen die gewählten sozialdemokratischen Abgeordneten — Genossinnen und Genossen — ihre Fühlung mit den Massen des Volkes befestigten. Kategorisch wurde hier gefordert, daß sich die Sozialdemokraten in der Volksvertretung unablässig im Sinne des Wahlprogramms der Partei betätigen sollten. Es versteht sich, daß solche Versammlungen sich auch an die Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen wandten.

Für die Genossinnen, die der Volksvertretung angehörten, kam eine Zeit regster Tätigkeit. In Übereinstimmung mit ihrer Fraktion brachten sie im Landtag mehrere Anträge zu Reformen ein, die die Frauen besonders angehen. Einige der betreffenden Anträge haben schon die Zustimmung der Volksvertretung gefunden. So ist zum Beispiel das Gesetz zur Annahme gelangt, das den Schulzwang einführt, doch hat es bis heute noch nicht die Sanction des Zaren erhalten. Der Landtag hat auch einem Antrag zur Einführung der Mutterschaftsversicherung zugestimmt. Entsprechend einem Beschluß der Volksvertretung ist von der Regierung ein Ausschuß eingesetzt worden, der die Frage der Krankenversicherung studieren soll. Jedoch hat es die Regierung unterlassen, Frauen in diesen Ausschuß zu berufen, wie das der Landtag gefordert hat.

Die sozialdemokratischen Volksvertreterinnen haben zusammen mit ihrer Fraktion im Landtag noch andere Anträge eingebracht, die im Interesse der Proletarierinnen liegen. So zum Beispiel betreffend die soziale Fürsorge für Kinder, die gesetzliche Regelung des Straßen- und Hausierhandels der Kinder, den gesetzlichen Schutz der Handelsangestellten und die Reorganisation des Schulwesens, das sich auf der Volksschule als Einheitschule aufbauen soll. Diese Anträge sind aber nicht zur parlamentarischen Verhandlung gekommen. Anders die Frage der Unfallversicherung. Die sozialdemokratische Fraktion hatte dazu die Unterstellung aller Arten Lohnarbeiter — einschließlich der Diensthilfen und Landarbeiter — unter das Gesetz gefordert und Entschädigung in der Höhe des vollen Tagelohns. Dagegen wollten die bürgerlichen Parteien nur wenige Arbeiterkategorien in die Versicherung einbeziehen und die große Mehrzahl außerhalb des Schutzgesetzes lassen. Die sozialdemokratische Fraktion hatte alle ihre Forderungen zur Unfallversicherung in einer Gesetzesvorlage niedergelegt, die bürgerliche Mehrheit beschloß jedoch, diese beiseite zu schieben und die Regierung des Zaren um einen Entwurf zu bitten. Der Kommission zur Beratung der Unfallversicherung gehörten von der sozialdemokratischen Fraktion auch die Genossinnen Hilja Pärssinen und Alma Jokinen an. Genossin Anni Suotari arbeitete in der Kommission mit, die das Gesetz über die Zivildienst zu beraten hatte, dem die Volksvertretung zugestimmt hat, das aber ebenfalls von dem Zaren noch nicht bestätigt worden ist.

Sehr charakteristisch für das soziale Verständnis unserer bürgerlichen Damen ist, daß ihre Vertreterinnen im Landtag einen Antrag einbrachten, der die Errichtung von Haushaltungsschulen für die Arbeiterinnen durch den Staat forderte. Die Damen sind der Meinung, daß den Proletarierinnen schon genügend geholfen ist, wenn sie die Kochkunst erlernen. Ob aber die Arbeiterfrauen etwas zum Kochen haben, darum kümmern sich unsere Frauenrechtlerinnen nicht. Natürlich waren die Sozialdemokraten nicht gegen die beantragten Haushaltungsschulen. Vielmehr verlangten sie für die Unbemittelten nicht nur freien Unterricht, sondern auch den Unterhalt während der Schulzeit. Im übrigen gab die Behandlung des Antrags den Sozialdemokraten gute Gelegenheit, die Gedanken anmut bürgerlicher Reformen zu beleuchten. Unsere Genossinnen

Sulda Salmi und Hilda Herrala waren Mitglieder der Kommission zur Beratung des Antrags. Des weiteren kann mit Befriedigung konstatiert werden, daß ein Gesetz zur Annahme gelangt ist, das die Arbeitsvermittlung den Gemeinden überträgt, wodurch die wucherische Privatvermittlung beseitigt wird. Freilich harret auch dieses Gesetz noch der Bestätigung durch den Zaren.

Ebenso eifrig als im Parlament ist in den Organisationen gearbeitet worden. Von den Genossinnen ist unter anderem sehr gründlich die Bedeutung des Genossenschaftswesens für die Frauen erörtert worden. Auf Grund der betreffenden Resolutionen der internationalen Tagungen zu Kopenhagen wurden die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen über die wichtige Frage aufgeklärt und zur Beteiligung an den Genossenschaften aufgefordert. Einen neuen Aufschwung hatten unsere Kinderorganisationen genommen. Hier wurden die Kinder beschäftigt, unterrichtet, verständnisvoll auf das Leben als Proletarier vorbereitet und sozialistischen Ideen entgegengeführt. Die Genossinnen fanden hier ein reiches Wirkungsfeld. Die Partei unterstützte die Organisationen mit Geld und beschloß, zu ihrer Förderung auch dem Verband der Frauen einen außerordentlichen Betrag zu überweisen. Wir setzten große Hoffnungen auf das, was diese lebensvollen Organisationen für die geistige und moralische Entwicklung des kommenden Geschlechts leisten konnten. Aber unsere Hoffnungen sind jäh vernichtet worden: Im Januar d. J. verfügte die Regierungsgewalt die Auflösung der Kindergruppen. Dieser Nachspruch entbehrt ebenso wie die meisten anderen Maßnahmen der zarischen Schergen in Finnland der gesetzlichen Grundlage. Aber „Gewalt geht vor Recht!“ Gegenwärtig sind die Kreaturen des Zaren im ganzen Lande dabei, die gesetzwidrige Verfügung durchzuführen. Was können wir dagegen tun — — — ?

In den Versammlungen der proletarischen Frauen wurde sehr häufig die Teuerung der Lebensmittel erörtert. Die Aufklärung über ihre Ursachen hat der sozialdemokratischen Partei neue Anhängerinnen gewonnen. Im Verlauf des Jahres haben zahlreiche Demonstrationen stattgefunden, an denen die Genossinnen, die Proletarierinnen sich beteiligten. Besonders imposant verliefen die Demonstrationen, die gegen die Verschleppung der Gemeindeordnungsreform protestierten. Die Volksvertretung hat das Gesetz längst verabschiedet, aber die Verwaltung hält es zurück und hat es noch nicht einmal dem Zaren zur Entscheidung vorgelegt! Am 27. August feierte die finnische Arbeiterklasse ein Fest der Arbeit, das der Agitation zugunsten der Gewerkschaftsbewegung dienen sollte. Natürlich haben die Arbeiterinnen hieran teilgenommen. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß der Mut und die Zuversicht unter der organisierten Arbeiterklasse Finnlands, einschließlich der proletarischen Frauen, ungebrochen, daß ihre Stimmung hoffnungsvoll ist, und das trotz der mannigfachen Unterdrückungsmaßnahmen der russischen Gewalthaber. Unsere Bewegung schreitet kraftvoll vorwärts.

Von der Zahl der organisierten Genossinnen in Finnland gibt der Parteibericht folgendes Bild. Als Mitglieder der Sozialdemokratie wurden gezählt:

1901 . . . . .	1063 Frauen	1906 . . . . .	18986 Frauen
1902 . . . . .	1493 "	1907 . . . . .	18878 "
1903 . . . . .	3013 "	1908 . . . . .	16888 "
1904 . . . . .	3895 "	1909 . . . . .	14694 "
1905 . . . . .	7575 "		

Die Zahl der weiblichen Parteimitglieder ist in den letzten Jahren gefallen. Das erklärt sich dadurch, daß der Sozialdemokratie während der Revolution allerlei unklare Elemente zugeströmt waren, die dann wieder fahnenflüchtig geworden sind, weil sie innerlich nicht zu ihr gehörten.

Zum Schluß noch ein paar Worte über unsere Presse. Das Organ des Arbeiterinnenverbandes: „Työläisnainen“ — Die Arbeiterin — hatte im letzten Jahre 2800 Abonnentinnen. Unsere illustrierten Feste: „Työläisnaisen Kevätlehti“ — Das Frühlingsblatt der Arbeiterin — und „Työläisnaisen Joululehti“ — Weihnachtssblatt der Arbeiterin — wurden in je 10000 Exem-

plaren abgesetzt. Das von dem Verlag des „Työläisnainen“ herausgegebene Weihnachtsblatt für Kinder „Joulutaru“ hatte eine Verbreitung von 12000 Exemplaren.

Unsere Bewegung hatte im letzten Jahre keine besonders ins Auge fallenden äußeren Ereignisse zu verzeichnen. Dafür dürfen wir aber hoffen, daß die ruhige innere Arbeit der Aufklärung und Erziehung des weiblichen Proletariats im sozialistischen Sinn um so tiefer und nachhaltiger gewirkt hat, und daß ihre Spuren unverwischbar sind. Silja Pärssinen.

## Die Frau als Spiegel.

Von R. Wagner.

Wenn man sich der Leute erinnert, die einem von früher Kindheit an nähergetreten sind, wenn man sie als ökonomische Charakterfiguren wertet, als Typen, in denen sich die wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Zeit überhaupt und ihrer Umgebung im besonderen widerspiegeln: so merkt man, daß man eine ganze ökonomische Mnemogalerie durchschritten hat. Ich bin in Südwestdeutschland aufgewachsen, in einer industriell früh entwickelten Gegend. Meine Kindheit fällt in eine Zeit, da der Kapitalismus auch schon in Deutschland dem Farbenspiel des Wirtschaftslebens seinen Grundton gab. Die Persönlichkeiten, deren Eigenart auf den Knaben einwirkte, stellen sich mir heute gleichsam als Glieder der historisch-ökonomischen Stufenleiter dar, als Verkörperungen bestimmter wirtschaftlicher Entwicklungsstufen. Soweit diese Charakterfiguren meinem Gedächtnis besonders gegenwärtig geblieben sind, waren es Frauen. Es dürfte daher die Leser der „Gleichheit“ interessieren, mit ihnen Bekanntschaft zu machen.

Da waren zunächst drei uralte Mütterchen. Noch am Ende des achtzehnten Jahrhunderts geboren, traten sie mit den Anschauungen der vorkapitalistischen Feudalzeit in meinen Gesichtskreis. Das älteste dieser Mütterchen war eine Näherin und verdankte einem Sergeanten der französischen Revolutionsarmee das Leben. Die Greisin hatte zu einer Zeit das Picht der Welt erblickt, als der Name Napoleon in der französischen Armee noch nicht bekannt war. Diese brachte damals in Südwestdeutschland den Hütten den Frieden und den Palästen den Krieg. Dieses fast zur lebendigen Sage gewordene Mütterchen oder vielmehr Jüngferchen — es hatte die Leiden und Freuden des Ehestandes niemals kennen gelernt — saß schon als weißhaarige Greisin in dem altmodischen Erkerzimmer meiner Großmutter, als ich noch ein ganz kleiner Junge war, und es saß noch dort und stützte unermüdetlich mit fingerdicken Nähten die grobe Besindeväsche, als ich anfing, mich mit Ehestandsgedanken zu tragen. Fast hundert Jahre war es alt geworden, das Mielkäthchen — Marie Katharine —, wie es allgemein genannt wurde, und mindestens 80 Jahre davon hatte es sich mit Weißzeugnähen schlecht und recht ernährt. Einen Spiegel seiner Zeit konnte man es insofern nicht nennen, als es sich nicht einmal um die geschichtlichen Ereignisse gekümmert hatte, die sich in seiner nächsten Nähe abspielten und die oft recht auffälliger Natur waren. Das Mielkäthchen war die vollkommene Verkörperung des politischen und sozialen Indifferentismus. Es konnte uns Kindern weder von Napoleon, noch von den Kosaken, weder vom Jahre 1813, noch vom Jahre 1848 etwas erzählen, und der alte Wilhelm war ihm ebenso unbekannt wie Robert Blum oder Friedrich Hecker. Dagegen war das uralte Persönchen mit den Familienverhältnissen der kleinstädtischen Patrizier, die seinen Kundentanz bildeten, durch viele Generationen hindurch bis in die kleinste Einzelheit aufs innigste vertraut. Hier zeigte es ein phänomenales Gedächtnis, das ganz ausgezeichnet das Wesentliche vom Unwesentlichen scheidet, indem es alles Wesentliche völlig vergaß, alles Unwesentliche aber aufs sorgsamste festhielt. Und dennoch war das Mielkäthchen ein historisches Spiegelbild, ein Typus der indifferenten Lohnarbeiterinnen jener Übergangszeit, der Lohnarbeiterinnen, die mit den bescheidensten Ansprüchen für einen jämmerlichen Tagesverdienst in den Häusern der besser situ-

ierten Spießbürger arbeiteten und sich als zu diesen Häusern gehörende Familienklaven fühlten.

Die beiden Altersgenossinnen des Mielkäthchen waren zwei Muttergeschwestern meiner Großmutter, also meine Urgroßtanten. Im Gegensatz zu der alten Näherin als Patrizierinnen der ehemals ziemlich selbständigen Stadt bekundeten sie einen außerordentlich lebhaften Geist und zeigten für alle politischen und öffentlichen Vorgänge ein sehr großes Interesse. Auch die harmlosesten Geschehnisse pflegten sie mit außerordentlich abenteuerlichem und romantischem Beiwerk zu bekleiden. Ein Mohr, der sich auf dem Jahrmarkt sehen ließ, war ein Menschenfresser, dem der Totengräber heimlich Proviant liefern mußte. Ein bei einem unbedeutenden Diebstahl erwischter Labendienner avancierte zum Räuberhauptmann einer geheimen Bande, ein vermöglicher Handwerksmann zum Goldmacher oder Finder einer Kriegskasse, die in der Napoleonszeit vergraben worden war. Ein geschickter Arzt, dem ein Luströhrenschnitt bei einem der Erstigung nahen Kinde gelingen war, wurde zu einem zweiten Doktor Faust erhoben, der mit dem Teufel im Bunde sei. Man kann sich kein unschuldigeres Wochenblättchen denken, als die „Zeitung“ unserer Stadt, seine politischen Nachrichten hinkten um manche Wochenlänge den Zeitereignissen nach. Aber kaum hatten die lebhaften Urgroßtanten einen Blick hineingeworfen, so konstatierten sie auch schon mit einer jeden Widerspruch ausschließenden Bestimmtheit, daß wir am Vorabend eines großen Kriegs ständen. Für uns Kinder war ein Besuch bei den Alten unterhaltender als ein Puppentheater. Und wie interessant war es erst in ihren Wehaufungen, die mit dem wunderbarsten Trödel angefüllt waren. Da gab es eine Unmenge historischer Reliquien, unter anderen auch ein Kaffeebüchchen, das Napoleon I. benützt haben sollte. Die Echtheit der Reliquien war freilich nicht beglaubigt und existierte wohl nur in der Phantasie ihrer Besitzerinnen. Und welche schauerlichschöne Märchen die Urgroßtanten erzählen konnten! Da war zum Beispiel die Geschichte von dem Männchen auf der Küchentreppe, die durfte nur am hellen Tage und auch nur bei grellem Sonnenschein erzählt werden, da sie so gruselig war, daß man sich bei trübem Wetter oder abends dabei zu Tode ängstigen konnte. Aber die romantischen Begebenheiten existierten für die beiden Urgroßtanten nicht nur in den Märchen, sondern noch in viel umfangreicheren Maße in der ganz alltäglichen Wirklichkeit. Merkwürdig, was sich da alles zutrug! Da huschten im Burghof des Städtchens nachts blaue Flämmchen über das Pflaster, hüpften bis zur Kirche und verschwanden dort in der Gruft der toten Raubritter, irlischtelierende arme Seelen, die keine Ruhe finden konnten. Dann trieb sich wieder in einem sonst sehr profaisch aussehenden Hohlweg ein Kobold herum, der sich den Pasanten nachts auf den Rücken hocte und ihnen den Hals umdrehte, wenn sie es wagten umzublicken. Dann hatte wieder ein Maulwurf auf dem in einen Kinderpielplatz umgewandelten alten Kirchhof Goldstücke aus der Erde geworfen, die ein Handwerksbursche aufhob, der zum reichen Manne wurde.

So geschah täglich irgend ein Märchenwunder. Und erst die Träume! Jede der lebhaften Urgroßtanten hatte jede Nacht ihren bedeutsamen Traum, und ein Hauptteil ihrer Tagesarbeit bestand darin, herzhafte Leute für die Verwirklichung ihrer Träume zu suchen, die sich meist mit der Hebung vergrabener Schätze beschäftigten. Einmal tat auch meine Großmutter einer der alten Tanten den Gefallen, sie auf einer Schatzsuche zu begleiten. An einer ganz bestimmten Stelle hatte die Urgroßtante eine Urne stehen sehen, nämlich in einem schmalen Wege, einem Heckenpflüchchen zwischen zwei Gärten hinter dem Kirchhof. Die Urne war bis oben mit Goldstücken gefüllt. Die beiden alten Damen machten sich also auf zu dem abgelegenen Pflüchchen und spähten nach der im Traume geschauten Stelle. Die Stelle war natürlich da, statt des goldgefüllten Topfes aber lag breit etwas ganz anderes auf dem Wege, das nur für die Landwirtschaft Wert hatte. Die schatzwütige Urgroßtante war jedoch schnell mit einer „sehr natürlichen“ Erklärung des Tatbestandes bei der Hand. Der Traum

hatte die Wahrheit gesagt; aber eine Hexe hatte inzwischen den Schatz gewittert, ihn gehoben und ihr untrüglisches Teufelszeichen zurückgelassen.

Überhaupt die Hexen! Was hatten die armen Urgroßtanten nicht alles unter den Hexen zu leiden! Da war die eine Hexe und jene eine Hexe, da hatte die eine Vannkraft im Begrüßungswort, jene einen Zauber im bösen Blick usw. Es war recht peinlich für uns Kinder, einer der beiden Urgroßtanten das Geleit über die StraÙe zu geben; denn irgend einer Hexe begegnete man auf jeden Fall. Da hieß es dann: „Bleibt ja nicht stehen, wenn sie etwas spricht, sonst brennt sie euch fest,“ oder: „Grüßt sie nicht und sagt dreimal . . . (folgte eine sehr berbe Einladung), wenn sie Grüß Gott zu euch spricht.“ — Doch genug mit Einzelheiten, die ich noch reichlich ergänzen könnte! Ich wollte nur zeigen, wie in diesen Zeitgenossinnen noch eine ganz andere Welt lebendig war, als die, in der wir lebten und die unser Tun und Treiben beeinflusste. Und wenn wir uns die wirtschaftlichen Verhältnisse vergegenwärtigen, in der die beiden Urgroßtanten junge Frauen waren — man denke an die Schafgrabungen —, dann sehen wir, daß die Schrullen des Greisenalters nur das widerspiegelten, was die beiden in ihrer Jugendzeit aus dem Milieu in sich aufgenommen hatten, das für ihr Wesen bestimmend war.

Gegenüber den Urgroßtanten, deren Sein noch in der Feudalzeit und der dumpfen, eng ummauerten Abgeschlossenheit reichstädtischer Miniaturherrlichkeit wurzelte, repräsentierte sich eine Weltwende in dem Wesen der Großtante, die nur um eine Generation jünger war. Der Vater dieser Großtante hatte den bedeutungsvollen Übergang mitgemacht, von der mit Frondiensten arbeitenden Landwirtschaft zum Betrieb des kapitalistischen Pächters. Er war als junger Mann der Verwalter, also gewissermaßen der Fronvogt einer mit sehr großem Grundbesitz gesegneten hessischen Standesherrnfamilie gewesen. Damals waren die grundherrlichen Besitzungen noch nicht in große Pachtgüter zusammengefaßt, auch nicht einzeln verpachtet, auch in der Hauptsache nicht von Lohnarbeitern für Rechnung des Besitzers bebaut. Sie wurden vielmehr von den fronspflichtigen Landgemeinden bestellt und für den Fronherrn abgeerntet. Es herrschte also Leibeigenschaft, die in Hessen erst 1811 nominell aufgehoben wurde, tatsächlich aber teilweise noch bis zum Jahre 1848 fortbestand. In den zwanziger oder dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts war es, daß der Vater der genannten Großtante, mein Urgroßvater, das erste große Pachtgut, das von der Standesherrschaft gebildet worden war, auf eigene Rechnung in kapitalistischen Betrieb nahm. Er stand also an der Schwelle einer neuen Wirtschaftsform, und die erwähnte Großtante war schon ganz unter den Verhältnissen aufgewachsen, die dieser neuen Wirtschaftsform eigentümlich waren. Sie hatte nicht die feudale Abendluft, sondern die kapitalistische Morgenluft geatmet. Ebenso war es ihrem Manne ergangen. Dessen Vater, ebenfalls mein Urgroßvater, war Textilindustrieller. Wenigstens nannte er sich Fabrikant, tatsächlich aber konnte man sein Kapital noch nicht als industrielles bezeichnen, es war Kaufmannskapital. Der Mann war eigentlich nicht Fabrikant, sondern nur der kaufmännische Verleger der selbständigen zunftmäßigen Webemeister. Er vertrieb auf den Messen und Märkten der großen Handelsstädte die ihm von den Webemeistern gelieferten Waren. Diese Form der sozialen Beziehungen war in dem damaligen wirtschaftlichen Stadium der Textilproduktion allgemein. Sein Sohn dagegen stand schon ganz im Übergang zur kapitalistischen Produktion. Er wandte sich nicht mehr an die selbständigen Webemeister, sondern entthronte sie kraft kapitalistischen Faustrechts. Er lieferte direkt den Hauswebern Kette und Einschlagsgarn, er schaltete die zwischen Lohnarbeitern und Verlegern, zwischen Arbeit und Kaufmannskapital stehenden Meister aus. Er wurde damit aus dem Verleger zum Fabrikanten, indem er im weiteren Entwicklungsverlauf an die Stelle des Handstuhls den mechanischen Betrieb setzte und die Hausweber in einen Webesaal einschloß. Diese Umgestaltung fiel

zeitlich mit der Aufhebung der Leibeigenschaft zusammen. Also auch mein Großonkel war in der Morgenluft der kapitalistischen Zeit groß geworden. Das alles verließ natürlich meiner Großtante eine ganz andere Wesensart als die der Urgroßtanten war. So auffällig war der Unterschied, daß er mir schon in früher Kindheit in die Augen stechen mußte.

Die Großtante glaubte nicht mehr an Hexen und war im Verhältnis zu den Urgroßtanten sehr, sehr aufgeklärt. Sie ging nur der Form halber zur Kirche, der Leute wegen, und hatte auf der Kommode ihres Wiedermeiersalons „Das Leben Jesu“ und „Der alte und der neue Glaube“ von David Strauß liegen. Sie las aber nicht David Strauß, sondern die „Gartenlaube“ und die „Frankfurter Zeitung“. Sie begnügte sich auch nicht damit, wie die Urgroßtanten, einen romantischen Grusel-schleier um die Politik zu weben, sondern sie machte selbst Politik, und zwar energisch. Ihr Mann war nämlich zum Bürgermeister gewählt worden, und sie hatte ihm, ohne die Genehmigung der Stadtväter einzuholen, das Armen- und Wohlfahrtsdepartement abgenommen. Auch in der Fabrik hat sie das Portefeuille der sozialpolitischen Angelegenheiten in der Hand. Die Großtante sah nicht mehr wie die Urgroßtanten zu der adligen Standesherrschaft wie zu den Herren von Gottes Gnaden empor, sondern verkehrte mit der adligen Sippschaft auf dem Fuße gesellschaftlicher Gleichberechtigung. Auch mit ihrem monarchischen Gefühl war es recht schlecht bestellt; von den hessischen Großherzögen hielt sie sehr wenig, und sogar vom alten Wilhelm pflegte sie, sich der Jahre 1848 und 1849 erinnernd, ziemlich despektierlich zu sprechen. Sie war also im ganzen ein ausgesprochen kapitalistischer Charakter alten Stiles, noch ausgesprochener als ihr Mann, der sich vom 1848er Demokraten immer mehr zum waschechten Nationalliberalen entwickelte.

In ihrem Verhalten gegen die Arbeiterchaft spiegelte sich recht deutlich der Charakter wider, der ihr von den wirtschaftlichen Verhältnissen ihrer Zeit und ihrer Lage aufgedrückt worden war. Die in der Feudalzeit aufgewachsenen Urgroßtanten hatten sich mit den anderen Ständen unter dem gleichen Druck leidend gefühlt. Sie hatten überhaupt noch keine Lohnarbeiterchaft gekannt, sondern nur die Zunfthandwerker, die den Patriziern nach dem Kleinreichsstädtischen Standesbodez formell nur ein wenig, wirtschaftlich fast gar nicht nachstanden. Den Urgroßtanten war deshalb eine eingetrapfte Überhebung über einen anderen Stand fremd. Auch die Großtante pflegte nach süddeutscher Art mit den damals politisch noch ganz indifferenten Arbeitern freundschaftlich umzugehen. Dabei aber ließ sie sehr deutlich merken, daß sie, die Herrin, als Angehörige der herrschenden Klasse hoch über den Lohnarbeitern stehe. Die Großtante konnte sehr mildtätig, sehr gutmütig, sehr freigebig sein, aber was sie gab, gab sie als Almosen. Sie konnte sich sehr lebenswürdig gegen die Arbeiterfrauen verhalten, die sie im Haushalt und Gartenbau als Tagelöhnerinnen beschäftigte, sie konnte sich sehr jovial mit ihnen unterhalten. Nichtsdestoweniger beharrte sie in der Überzeugung, es mit einer niedrigeren Klasse zu tun zu haben, die von Gott und Rechts wegen in dieser Klasse bleiben müsse und keinen Anspruch auf ein besseres Leben erheben dürfe. Und die Arbeiterfrauen mitsamt ihren politisch indifferenten Männern waren im Grunde genommen derselben Ansicht. Sie standen dem Gedanken noch ganz fern, sich durch solidarischen Zusammenschluß der Klasse selbst zu helfen. Sie erwarteten noch alles Heil von ihrem Fabrikpatriarchen, dem sie eine grenzenlose Unterwürfigkeit entgegenbrachten.

Blicke ich nur eine Generation weiter, so hat sich das Bild wieder vollständig verschoben. Jetzt ist die Fabrikantenehefrau von jeder aktiven Anteilnahme an dem Beruf des Mannes ausgeschaltet. Sie hat nur noch sogenannte Repräsentationspflichten. Sie spielt nicht mehr die patriarchalische Herrin und denkt nicht daran, resolut selbsttätig in die Lage der Arbeiter einzugreifen. Sie pflegt ihre „Wohlfahrt“ in Vereinsbeiträgen und auf Wohltätigkeitsbasaren. Sie sitzt nicht mehr im Kreise ihrer Haushaltelöhnerinnen und Familienklaven beim Wohnen-

schneiden, Apfelschälen, Muskochen usw., sondern im vornehmen Kränzchen hinter einer Stiderei oder im musikalischen Abend hinter dem Piano. Sie kommt mit der misera plobs, den Armen, nicht mehr in Verührung. Sie ist sehr fein und empfindsam geworden; aber, wenn von Streiks und Aussperrungen die Rede ist, dann schlüpfen die größten Hartherzigkeiten aus den verbissenen Scharfmachernblättern leicht wie sentimentale Liebesseufzer über ihre zarten Lippen, dann nimmt sie es an Entrüstung über die unerfülllichen Arbeiter mit jedem Reichsverbandsagitator auf. Sie hat alles Frische eingebüßt, was der Unternehmerfrau im ersten Stadium des Kapitalismus vom Typ meiner Großtante noch anhaftete. Aber es ist doch ein großer Fortschritt, daß es so gekommen ist. Denn nicht nur die Fabrikantenfrau hat sich geändert, sondern auch die Arbeiterfrau. Die denkt gar nicht mehr daran, jener die willfähige Familienklavin zu machen und sich durch patriarchalisch zwanglose Liebenswürdigkeiten fangen zu lassen. Sie ist in vielen Fällen Lohnarbeiterin, nicht mehr Hausarbeiterin, und ihr Klassenbewußtsein ist erwacht. Ihr Heil erwartet sie nicht von den herrschenden Klassen, sondern von der Erhebung der Arbeiterklasse selbst. An dieser Erhebung nimmt sie arbeitend und kämpfend in der Erkenntnis teil, daß der proletarische Klassenkampf der Hebel ist, der die alte Welt des sozialen Unrechts aus den Angeln hebt.

### Überfüllte Klassen.

Von Reichs wegen das Schulwesen zu ordnen, haben unsere Genossen im Reichstag beantragt. Aber die bürgerlichen Parteien und die Regierung wollen diese Reform nicht, weil sie die Kontrolle des Reichstags fürchten, in dem, vermöge des gleichen Wahlrechts, das arbeitende Volk größeren Einfluß hat als in den Landtagen der Einzelstaaten. So ist man auf die Berichte der Einzelstaaten angewiesen, wenn man über die Zustände in den Schulen Bescheid wissen will. Da erfahren wir aus Preußen, daß dort auch heute noch mehr als 1¼ Millionen Volksschulkinder sich in überfüllten Schulklassen befinden. Dabei sind als überfüllt nur solche Klassen gerechnet, die mehr als 30 Kinder zählen!

Diese ungeheuerliche Tatsache brachten die sozialdemokratischen Redner im preussischen Abgeordnetenhaus zur Sprache; sie hoben dabei hervor, daß zu einem wirklich nachhaltigen Unterricht das ganze Schulwesen umgebaut werden müßte, derart, daß auf einen Lehrer nicht mehr als 10 bis 12 Kinder kämen. Doch da erhob sich lebhafter Widerspruch von seiten aller bürgerlichen Parteien. Besonders ließen sich die Fachmänner hören, die Lehrer, Direktoren, Schulinspektoren usw., um eine so starke Herabsetzung der Klassenfrequenz ganz entschieden zu verwerfen. Nicht nur der hohen Kosten wegen, sondern auch aus Gründen der Erziehung. Wenn die Zahl der Kinder — so führten sie aus — gar zu sehr herabgesetzt werde, dann gehe ein wichtiges Hilfsmittel der Erziehung verloren, nämlich die gegenseitige Einwirkung der Schüler aufeinander. Aus diesem Grunde sei es richtig, die Klassenfrequenz, das heißt die Zahl der Schüler in einer Klasse, in der Volksschule auf ungefähr 30 zu belassen.

Daß diese Rechnung ein Loch hat, ergibt sich schon aus der Tatsache, daß in den höheren Schulen die Klassenfrequenz nur etwa 30 beträgt. Es ist nicht abzusehen, weshalb für die gegenseitige Einwirkung der Kinder in dem einen Falle 30 Schüler nötig sein sollen, während in dem anderen 30 genügen. Aber hiervon abgesehen, mag die Begründung allerdings ein gewisses Gewicht haben — für die heutige Schule. In der Tat, beim heutigen Unterrichtsbetrieb haben ja die Kinder außerordentlich wenig Gelegenheit, aufeinander einzuwirken. Während der ganzen Dauer der Schulstunde sollen sie stillsitzen, womöglich mit gefalteten Händen, und den Mund nur aufstun, wenn sie gefragt werden. Dann kommt am Schlusse der Stunde eine Pause von fünf

Minuten oder ein wenig mehr, und selbst dann dürfen in vielen Schulen die Kinder nicht zwanglos miteinander verkehren, sondern müssen in Reih und Glied langsam auf dem Schulhof umherwandeln. Aber auch wenn das nicht der Fall ist, wenn die Schüler während der Pausen nach Herzenslust umherpringen können, ist ihr zwangloser Verkehr auf diese wenigen Minuten beschränkt. Da mag der Gedanke nahe liegen, daß bei gar zu kleiner Anzahl jede irgendwie nennenswerte Einwirkung der Kinder untereinander verloren geht.

Die Herren, die so denken, übersehen nur, daß wir nicht bloß die Klassenfrequenz herabsetzen, sondern überhaupt den ganzen Schulbetrieb anders einrichten wollen. Mit dem System, das die Kinder zum Stillsitzen und Mundhalten verurteilt, wollen wir vollständig brechen. Der Lehrer soll mit den Kindern verkehren wie ein erfahrener älterer Freund. Er soll mit ihnen zusammenkommen zu zwangloser Unterhaltung und zu zwangloser gemeinschaftlicher Arbeit, wobei jedes Kind das Recht hat, mitzureden, ganz gleich, ob es gefragt ist oder nicht. Sache des Lehrers ist es dann, die Unterhaltung und die Arbeit so zu lenken, daß sie die Kinder interessiert und daß sie dabei etwas lernen. Kann er das nicht, dann ist er seiner Aufgabe nicht gewachsen. Kann er es, so ist ohne weiteres und ohne den geringsten Zwang diejenige Ordnung vorhanden, die für den Unterricht gebraucht wird. Jede Mutter weiß es, daß ein Kind stets folgsam, willig und aufmerksam ist, wenn der Erzieher versteht, sein Interesse zu wecken. Wird ein Kind auf den Einfall kommen, eine Unterhaltung zu stören, deren Verlauf und Ergebnis es mit Spannung verfolgt? Und wenn das wirklich einmal vorkommt, dann ist allerdings die Einwirkung der anderen Kinder höchst wertvoll, die sich nicht stören lassen wollen. Das ist dann aber ein viel wirksameres Erziehungsmittel als die Strafe, die im heutigen Schulbetrieb das Kind zwingen will, eine Störung zu unterlassen, an der seine Kameraden die unbändige Freude haben.

Stellt man sich einmal eine solche Erziehungsweise vor, wie wir sie hier kurz angedeutet haben, so leuchtet wohl ohne weiteres ein, daß sie nur durchführbar ist, wenn auf einen Lehrer eine sehr beschränkte Schülerzahl fällt. Mit 50 Kindern kann sich der Lehrer nicht in eine zwanglose Unterhaltung einlassen; das würde in der Tat ein Lohwabohu werden. Auch mit 30 geht es wohl kaum; die Höchstzahl dürfte 12 bis 15 sein. Aber diese 12 bis 15 Kinder würden dann nicht nur wenige Minuten, immer zwischen zwei Stunden, aufeinander einwirken, sondern während des gesamten Unterrichts! Und die Einwirkung würde zugleich viel eindringlicher sein, weil sie nicht bloß beim Spiel sich vollzieht — noch dazu bei einem Spiel, das im günstigsten Falle von den Lehrern eben gerade geduldet wird —, sondern bei der Arbeit. Wenn zum Beispiel in der Geschichtsstunde, beim Sprachunterricht, bei der Erdkunde jedes Kind ungeschminkt redet, wie ihm der Mund steht — sollte da nicht die Einwirkung des Sprechers auf die Hörer und zugleich die Einwirkung der Hörer, die ja auch gleich wieder zu Wort kommen, auf den Sprecher viel intensiver sein, als wenn sich die Kinder zum Beispiel nur über die Reihenfolge beim Drittenabschlagen und dergleichen zwanglos unterhalten?

Bereits aber hören wir die besorgte Frage, ob denn eine solche Unterrichtsweise überhaupt möglich sei. Sind das nicht etwa nur Gedankenpielereien, die sich nie verwirklichen lassen? Nun, die Zweifler mögen sich beruhigen: solche Schulen gibt es schon heute! Schon heute betreiben in Preußen und andernwärts vereinzelt Schulen, wirkliche, vom Staate anerkannte Schulen, den Unterricht in dieser Weise. Aber freilich: fürs Volk sind diese Schulen nicht! Denn der Staat gibt ihnen keinen Zuschuß, sie müssen ganz aus eigenen Mitteln bestehen und sind infolgedessen gezwungen, ungemein hohes Schulgeld zu nehmen, weil ja ihr Betrieb wesentlich teurer ist als der in gewöhn-

lichen Schulen. Es ist also ausgeschlossen, daß Arbeiterkinder jemals in sie hineinkommen. Aber diese Anstalten erbringen jedenfalls den Beweis, daß der aufgezeigte Unterrichtsbetrieb möglich ist.

Nur freilich darf man sich nicht dem Wahne hingeben, daß der Staat und die besitzenden Klassen jemals solche Schulen fürs Volk einrichten werden. Denn die Demut, die Knechteligkeit kann so frei erzogenen Kindern so leicht nicht beigebracht werden. Und der Drill zu diesen „Tugenden“ ist ja das Hauptziel der staatlichen Volksschule. Sache der Sozialdemokratie wird es sein, solchen Unterricht für das Volk zu erkämpfen und damit einen Zustand herbeizuführen, in dem alle Anteil haben an der Bildung ihrer Zeit. J. B.

### Die Verwaltungszentrale des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Ein Verbandshaus der deutschen Holzarbeiter wird binnen Jahresfrist in Berlin entstehen. Der zentrale Verwaltungskörper des Deutschen Holzarbeiterverbandes ist mit der ständig wachsenden Mitgliederzahl und dem Ausbau der vielseitigen Unterstützungseinrichtungen immer umfangreicher geworden. Es erschien daher nicht länger ratsam, ihn in gemieteten Räumen unterzubringen, die eine planvolle Anlage und weitere Ausdehnung der Arbeitsräume nicht zuließen und in denen ständig die Gefahr der Kündigung drohte. So hat denn bereits der Verbandstag in München 1910 die Errichtung eines eigenen Verwaltungsgebäudes beschlossen. Mit der Ausführung dieses Beschlusses folgt der Verband dem Beispiel anderer großer Gewerkschaften.

Das Tätigkeitsgebiet einer solchen Verbandszentrale ist umfangreicher und ihre Arbeitslast größer, als es dem Fernstehenden auf den ersten Blick erscheinen mag. Da ist zunächst die Verwaltung der gewaltigen Summen — der Deutsche Holzarbeiterverband arbeitete 1911 mit 5 Millionen Mark Reineinnahme —, die von rund 900 Zahlstellen zusammenströmen und deren Fluß nach den jeweils unterstützungsbedürftigen Orten geleitet werden muß. Freilich, das Geld kommt in die Verbandszentrale fast gar nicht, das geht alles von der Post unmittelbar zur Bank, in der es zins tragend niedergelegt wird. Dafür erfordert aber die Prüfung der Abrechnungen aller Zahlstellen sowie die Beaufsichtigung der Unterstützungsauszahlungen schon einige Kräfte, um den Mitgliedern eine gewissenhafte Verwendung ihrer Beiträge zu gewährleisten. Die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften jedoch, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch die Führung von Lohnkämpfen, verlangt die ständige Beobachtung des Arbeitsmarktes. Das geschieht unter anderem durch die regelmäßige monatliche Zählung der Arbeitslosen. Unumgänglich notwendig ist die Kenntnis der jeweiligen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den vielen einzelnen Zweigen des Gewerbes. Zu diesem Zwecke werden regelmäßig lohnstatistische Aufnahmen über ganz Deutschland vorgenommen. Gegenwärtig arbeitet die Verbandszentrale der Holzarbeiter eine Lohnstatistik der Bau- und Möbelzweige aus. Eine gewissenhaft geführte Sammlung aller geltenden Tarifverträge, zurzeit sind es deren 948, gibt jederzeit Aufschluß über deren Ablauf sowie über fällige Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und ermöglicht dem Verband die Überwachung der getroffenen Vereinbarungen. Umfangreicher noch ist die Statistik der Lohnbewegungen, mit der eine genaue Kontrolle sämtlicher Streikausgaben in Verbindung steht.

Der Verkehr mit den vielen Zahlstellen und den Einzelmitgliedern sowie die Führung der Lohnkämpfe und Tarifbewegungen machen einen ausgedehnten Briefwechsel notwendig. So erreichten zum Beispiel die Posteingänge im Jahre 1912 die Zahl von rund 48 000, wobei es sich zumeist um schriftliche Mitteilungen handelt. Die Ausgänge betragen ohne die regelmäßigen Zeitungsendungen rund 70 000 und erforderten allein einen Portoaufwand von 9858 Mark. Der Agitation dienen zahlreiche Flugschriften, die teils allgemein gehalten sind, teils sich den besonderen Branchenverhältnissen anpassen. Ihre Ausarbeitung liegt gleichfalls der Verbandszentrale ob.

Die alljährliche Erneuerung der nach acht- oder zehnjähriger Verwendung nicht mehr verwendungsfähigen Mitgliedsbücher erfordert Raum und Arbeitskräfte. Im letzten Jahre gab es deren etwa 10 000 neu auszustellen. Dazu kommt die regelmäßige Umschreibung und Umrechnung der Bücher der vom Ausland oder von anderen deutschen Gewerkschaften übertretenden Mitglieder sowie die Erneuerung verloren gegangener Bücher. Große Vor-

räte an Mitgliedsbüchern, Beitragsmarken, Formularen, Adressenverzeichnissen, Plakaten, Handzetteln und sonstigem Verwaltungsmaterial lagern auf der Zentrale und kommen regelmäßig zum Versand an die Zahlstellen. Ferner führt der Holzarbeiterverband eine eigene Versandbuchhandlung, die den Bedarf der Mitglieder und der Zahlstellenbibliotheken in allen Literaturerzeugnissen decken kann.

Dem Verbandsbureau angegliedert sind Redaktion und Expedition der beiden Verbandszeitschriften. Es sind dies das wöchentlich erscheinende Verbandsorgan, die „Holzarbeiterzeitung“, und das „Fachblatt für Holzarbeiter“, Monatsheft für fachtechnische Fortbildung. Das Verbandsorgan hat gegenwärtig eine Auflage von 187 000 Exemplaren und wird allen Mitgliedern frei geliefert. Weibliche Mitglieder können auf Wunsch statt seiner die „Gleichheit“ erhalten, von der für diesen Zweck gegenwärtig über 6000 Exemplare regelmäßig bezogen werden. Dagegen wird das illustrierte „Fachblatt für Holzarbeiter“ nur im Abonnement zu dem allerdings sehr billigen Preise von 1 M. pro Vierteljahr abgegeben. Das „Fachblatt“ hat es in den sechs Jahren seines Bestehens auf eine Auflage von 10 000 Exemplaren gebracht und gilt besonders für solche, die sich in der Tischlerkunst weiterbilden wollen, als ein gutes Lehrmittel. Es wird in der Druckerei J. G. B. Dieß Nachfolger in Stuttgart hergestellt, die auch die „Gleichheit“ druckt, während die „Holzarbeiterzeitung“ und die meisten anderen Drucksachen des Verbandes aus der „Vorwärts“-Buchdruckerei in Berlin hervorgehen. Wenn erst das Verbandshaus fertiggestellt ist, soll dort eine eigene Buchdruckerei entstehen, die dann alle die bedeutenden Druckaufträge des Verbandes ausführt.

Schon dieser flüchtige Blick über die Tätigkeit der Verbandszentrale läßt den Umfang der zu bewältigenden Arbeit erkennen. Als der deutsche Holzarbeiterverband im Juli 1893 seine Tätigkeit aufnahm, führten 5 Mitglieder die Arbeiten an der Zentrale beruflich aus, heute sind es 25, zu denen noch 2 Schreibmaschinistinnen und 3 Packer sowie gelegentlich einige Ausschlußkräfte kommen. Allerdings hat der Verband in dieser Zeit seine Mitgliederzahl mehr als verdreifacht.

Das neue Verbandshaus wird am Kölnischen Park gegenüber dem Märkischen Museum im Zentrum von Berlin errichtet werden. Die 1266 Quadratmeter Grund und Boden sind Ende März für 357 000 M. erworben worden. Die Kosten des ganzen Baues sind auf rund 900 000 M. veranschlagt. In die unteren Räume wird später das ebenfalls schon ziemlich umfangreiche Bureau der 28 000 Mitglieder umfassenden Berliner Verbandszahlstelle gelegt werden. Noch verfügbarer reichlicher Raum soll zunächst für Wohnungen dienen und ermöglicht die später etwa notwendige Ausdehnung der Bureaus.

Aus Anlaß der gerichtlichen Auflassung des neu erworbenen Grundstückes an den Deutschen Holzarbeiterverband oder genauer an die für ihn zeichnende G. m. b. H. „Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes“ wirft die „Holzarbeiterzeitung“ einen Rückblick auf die Entwicklung der Verbandszentrale. Einige Daten daraus dürften auch hier interessieren. Ein besonderes Verwaltungsbureau hat bereits der Vorgänger der heutigen Organisation, der Deutsche Tischlerverband, seit dem Jahre 1884 besessen, zu dessen Beginn der im Jahre 1908 verstorbene Genosse Karl Klotz das Amt als besoldeter Verbandsvorsitzender antrat. Damals und noch lange nachher genügte als Verwaltungsbureau ein Zimmerchen in Klotz' Wohnung in Stuttgart, für das man 120 M. Jahresmiete auswarf. Die Verbindung von Wohnung und Bureau blieb selbst noch aufrechterhalten, als am 1. Juli 1893 der Deutsche Holzarbeiterverband ins Leben trat und nun gar bald neben den Tischlern und Drechslern auch die Korbmacher, Stellmacher und Bürstenmacher umfaßte. Erst im Jahre 1896 wurde das Verbandsbureau abgetrennt und hat seitdem noch ebenso häufig sein Heim wechseln müssen wie früher mit der Wohnung des Vorsitzenden. Die vielen Umzüge waren stets durch das Wachsen der Organisation bedingt. Nachstehende Zahlen mögen diese Entwicklung des Verbandes veranschaulichen:

Jahr	Zahlstellen	Mitglieder		Gesamt- einnahme Mk.
		insgesamt	weibliche	
1893 . . . . .	856	23 774	—	118 938
1894 . . . . .	404	26 144	401	194 770
1896 . . . . .	476	37 818	453	321 669
1900 . . . . .	568	70 630	755	1 108 954
1904 . . . . .	660	105 386	635	1 813 515
1908 . . . . .	811	144 259	3024	3 871 260
1911 . . . . .	874	182 750	6349	4 948 666

Am 1. Januar 1908 wurde auch Redaktion und Expedition der „Holzarbeiterzeitung“, die sich bis dahin in Hamburg befunden hatten, mit dem Verbandsbureau vereinigt. Dieses war zu diesem Zwecke nach einem größeren Lokal in der Adlerstraße in Stuttgart-Geslach verlegt worden. Dort blieb es, bis der Verbandstag zu Stettin im Jahre 1908 beschloß, die gesamte Verbandsleitung nach Berlin zu verlegen. Die Übersiedlung erfolgte am 1. Oktober 1908 in ein oberes Stockwerk eines großen Bureauhauses im Zentrum der Riesenstadt.

Der Grundstein des stolzen Baues, der jetzt für das eigene Verbandsheim errichtet wird, bildet zugleich auch einen Markstein in der Geschichte des Verbandes. Gehören doch diesem heute bereits die meisten Zweige des Holzgewerbes an. Der Bau wird Zeugnis ablegen von der Macht, die in der Vereinigung jener Tausende von Holzarbeitern und -arbeiterinnen liegt. Bis er bezogen werden kann, dürfte der Deutsche Holzarbeiterverband das zweite Hunderttausend seiner Mitglieder überschritten haben. Ik.

## Aus der Bewegung.

**Von der Agitation.** In Posen hat der Kampf der verbohrtten Galaktiken gegen die polnisch sprechende Bevölkerung naturgemäß den Erfolg, daß diese mit um so größerer Fähigkeit an ihrer Sprache und ihren Sitten festhält. Der Unwille gegen die Unterdrücker ihres Volkstums ist so stark, daß er sich ohne Unterschied gegen alles wendet, was deutsch ist. Dieser Deutschentum erschwert auch in hohem Maße die Agitation der sozialdemokratischen Partei. Die Pfaffenherrschaft und der Branntwein tragen das ihre dazu bei, die in den elendesten Verhältnissen lebende Bevölkerung für die Aufklärung unzugänglich zu machen. So ist es verständlich, daß die Agitation in der Provinz Posen trotz unsäglicher Mühe nur geringe Erfolge zeitigt. Ganz besonders schwer sind die Frauen zu unserem Kampf heranzuziehen. Wies hoch die zum Frauentag in Bromberg einberufene Versammlung unter ungefähr 120 Besuchern nur etwa 40 Frauen auf. Die nachfolgenden Versammlungen in Rakel und Schneidemühl waren gleichfalls nur mäßig besucht. Zufriedenstellender war die Zahl der Teilnehmer in dem Städtchen Schönlanke, das im herrlichsten Obstbaumblütenprunz prangte. Jedenfalls hat der in diesem Ort schon 11 Wochen dauernde Streik der Holzarbeiter die Gemüter aufgerüttelt und empfänglicher für die Erörterung öffentlicher Angelegenheiten gemacht. Eine Anzahl Frauen wurden hier für die Organisation gewonnen. Auch in Colmar, einem von Wald und Seen umgebenen Ort mit Holz-, Porzellan- und Stein- gutindustrie, war die Versammlung ziemlich gut besucht; etwa 90 Männer und 80 Frauen hörten aufmerksam den Vortrag an, und unter ihnen konnten ebenfalls einige neue Mitglieder für die Partei gewonnen werden. Die Hauptstadt der Provinz, Posen, weist großstädtischen Zuschnitt auf. Neben einer Anzahl schöner, alter Gebäude zieht der gewaltige Bau der „Ansiedelungskommission“ den Blick auf sich; in ihm wird eine nach Hunderten zählende, von den Steuern des Volkes zehrende Beamten-schar beschäftigt, man fragt sich nur erstaunt, womit eigentlich. Auch das neue, prächtige Schloß, das etwa 800 Zimmer und Säle umfaßt, aber von niemandem als der Schloßwache bewohnt wird, reizt zu bitteren Vergleichen auf mit dem Wohnungselend der schwer arbeitenden Bevölkerung. Sie muß in den allerunzulänglichsten Räumen zusammengepfercht hausen, die jeder Hygiene spotten. Die Versammlung in Posen war schlecht besucht, doch war die Stimmung der Teilnehmer gut, die Rede fand aufmerksame Zuhörer und starken Beifall, und es wurden 10 Mitglieder der Partei neu zugeführt. Deutschentum und Verheugung durch die Pfaffen sind wohl schuld an einigen Schreibern unsätzlichen Inhalts, die der Rednerin zugingen. — Die Versammlungen in Schwerin und in Birnbaum hätten gleichfalls besser besucht sein können, doch gelang es dort, mehr Leser für die sozialdemokratische Presse zu gewinnen. Genossin Rodahl-Berlin sprach in allen Versammlungen über „Die Frauen als rechtlose Staatsbürger“. Der Hinweis auf die schmachvollen Vorgänge im preußischen Dreiklassenhaus rief überall helle Entzückung hervor, die sich in Pfuirufen gegen die preußische Schande Luft machte. Die Polizei war in der Person von Uniformierten und auch Kriminalbeamten auf dem Plan, um den bedrohten Staat zu retten. Gert.

Auf Wunsch der Parteileitung für Schleswig-Holstein sprach die Unterzeichnete in der Zeit vom 18. bis 27. April in den Orten Lauenburg, Oldesloe, Segeberg, Ditzen, Wandsbek, Pinneberg, Preetz, Stodelsdorf, Rendsburg, Eternförde, Habersleben, Londern, Husum und Heide. Das Thema lautete in allen stattgefundenen Versammlungen „Die Frauen und

die Politik“. In einigen Orten, so in Londern, waren sehr wenig Frauen erschienen und im allgemeinen ließ der Besuch zu wünschen übrig. Nur in Lauenburg, Segeberg, Wandsbek und Ditzen war die Teilnehmerzahl zufriedenstellend. Diese schwache Beteiligung an den Versammlungen ist zum Teil in besonderen Verhältnissen der Provinz begründet. So müssen namentlich im Norden die Minderbemittelten nach Feierabend noch ihre kleine Landwirtschaft bestellen. Trotzdem war die Agitationstour nicht erfolglos. Besonders in den größeren Orten wurden Genossinnen und Gleichheitleserinnen gewonnen; in anderen wiederum wurden die Organisierten angeregt, weiterzuwirken im Sinne des Sozialismus. E. Köhl.

Der sozialdemokratische Bezirksverband Magdeburg hatte für den 28. April eine Frauenkonferenz zusammenberufen, zu der 81 Dutzend Vertreter entsandten. Als Beauftragte des Parteivorstandes nahm Genossin Ottilie Waader an der Konferenz teil. Genosse Veines sprach über die Bedeutung des Frauentages und die ergiebigste Art der Agitation für diese Kundgebung. Eine lebhafteste Diskussion knüpfte sich an seine vorzüglichen Ausführungen. Das zweite nicht minder wichtige Referat der Tagung über „die Arbeit der weiblichen Mitglieder in der sozialdemokratischen Organisation“ lag in den Händen der Genossin Waader. Im Bezirk Magdeburg sind zwar bereits in vielen Organisationsvorständen und Bezirksleitungen und Ausschüssen Frauen vertreten. Doch macht gerade die immer größer werdende Zahl der weiblichen Mitglieder eine engere Arbeitsgemeinschaft zwischen Genossen und Genossinnen in der Leitung der Organisationen zur Notwendigkeit, sollen die weiblichen Mitglieder an deren Leben tätigen Anteil nehmen. Für die Organisationsleitungen erwachsen die Aufgaben, unablässig für die Gewinnung neuer weiblicher Mitglieder zu sorgen, die gewonnenen zu halten, zu den Parteiarbeiten heranzuziehen und sie für den Kampf und das geistige Leben der Partei zu schulen. Die lebhafteste und inhaltsreiche Erörterung dieser Fragen bewies, welche geistige Regsamkeit unter den Genossinnen herrscht. Neben anderen wichtigen Fingerzeigen wurde auf die wichtige Rolle hingewiesen, die gerade die Frau beim Lesen der Presse spielt, und es wurde betont, daß eben die Genossinnen die besten Agitatorinnen für unsere Blätter abgeben werden. Da es an Vortragenden für die Les- und Diskussionsabende mangelt, so wurde empfohlen, Kurse für Funktionärinnen abzuhalten, um nach und nach einen Stamm von Genossinnen heranzubilden, die an den Frauenabenden belehrend wirken können. Sicherlich haben Anregungen und Gedankenaustausch dieser Konferenz das gegenseitige Verstehen zwischen Genossen und Genossinnen gefördert und die Arbeitslust für unsere Sache erhöht. O. B.

Eine Frauenkonferenz für den Bezirk Erfurt tagte am 5. Mai in Erfurt. Die vier dem Bezirk angehörenden Kreise hatten 17 Delegierte entsendet. Die Bezirksleitung, die die Konferenz einberufen hatte und leitete, war vollzählig anwesend. Als Vertreterin des Parteivorstandes nahm Genossin Jiey an den Beratungen teil. Ihr war auch das einleitende Referat übertragen worden über: „Die Betätigung der Frau im politischen Leben“. Aber die Agitation im Bezirk referierte Genosse Verking. An beide Referate knüpfte sich eine lebhafteste und interessante Diskussion, in der die Genossinnen die Wünsche äußerten, von deren Erfüllung sie sich Erfolg bei der Aufrüstung und Organisation von bisher indifferenten und bei der Weiterbildung bereits Organisierter versprochen. Beschlossen ward: 1. Oster öffentliche Frauenversammlungen zu veranstalten. Sie sollen an aktuelle Fragen anknüpfen und der Agitation zum Zweck der Gewinnung von weiblichen Mitgliedern für die Partei dienen. 2. In Übereinstimmung mit den Vorständen der Ortsvereine Genossinnen an den einzelnen Orten auszuwählen und zu ernennen, die dauernd in den Versammlungen die Aufnahme neuer Mitglieder und die Sammlung von Abonnenten für die Parteipresse zu übernehmen haben. 3. Der Hausagitation eine größere Aufmerksamkeit zu schenken. 4. Überall Lesabende zu errichten und bei deren Ausgestaltung den Leitfaden zu benützen, der vom Parteivorstand kürzlich herausgegeben ward. Durch die Beschaffung der vom Frauenbureau herausgegebenen Broschüren sollen die lautgewordenen Wünsche nach Agitations- und Schulungsliteratur erfüllt werden. In kurzen, trefflichen Darlegungen zeichnete Genosse Ritsche die Bedeutung des Frauentages und forderte zur eifrigen Propaganda für ihn auf. Mit dem Wunsche, daß die Konferenz die Bewegung unter den proletarischen Frauen bestens fördern möge, schloß der Vorsitzende die erste Frauenkonferenz des Erfurter Bezirkes. L. Z.

**Nachträgliches vom Frauentag.** Aus der erdrückenden Fülle von Einzelheiten, die über den Verlauf des Frauentages berichtet worden sind, sei einiges nachgetragen. Wir beginnen mit einer sehr erfreulichen Richtigstellung. Im Bezirk Hanau haben nicht bloß

4 Versammlungen stattgefunden, sondern 14, davon viele in Landorten. Überall stellten die Frauen einen ansehnlichen Teil der Anwesenden, die sich begeistert für das Frauenwahlrecht erklärten und zugleich schärfsten Protest gegen die polizeilichen Gewalttätigkeiten im preussischen Abgeordnetenhaus erhoben. Eine sehr schöne Kundgebung der Genossinnen fand im „geheiligten“ Worms statt, wo jede demokratische Bewegung der arbeitenden Massen mit Schwierigkeiten rechnen muß, die von der Herrschaft des ungekrönten Lederkönigs geschaffen werden. Besonders stark kam hier die Überzeugung zum Ausdruck, daß der politische Kampf der Proletarierinnen für ihr Bürgerrecht auch ein Kampf gegen den Militarismus und den Imperialismus und für die internationale Solidarität der Ausgebeuteten aller Länder sei. Einen bemerkenswerten Fortschritt der proletarischen Frauenbewegung ließen die 4 Versammlungen in Chemnitz erkennen. Noch nie war es dort vorher gelungen, zu einer sozialdemokratischen Veranstaltung am Sonntagvormittag eine so große Zahl von Frauen heranzuziehen, wie unsere Kundgebung sie gesammelt hat. Diese hat denn auch ihren Eindruck auf Freund und Feind nicht verfehlt. Sicherlich hat sie dem bekannnten schwachen Willen der sächsischen Fortschrittler etwas nachgeholfen, die am 12. Mai ihren Parteitag in Chemnitz abhielten. Noch vor wenigen Wochen hatten die Führer dieser Herren im sächsischen Landtag auch nicht einmal ein Wörtchen der Sympathie für das Frauenwahlrecht gefunden, das von den Sozialdemokraten gefordert wurde. Nun aber sah sie ihre Tagung den Beschluß, beim nächsten allgemeinen Parteitag der Fortschrittler in Mannheim zu beantragen, die bürgerliche Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts endlich in das vollsparteiliche Programm aufzunehmen. Der Erfolg des Frauentags ist wesentlich mit ein Verdienst eines Stammes überzeugter Genossinnen, die unermülich bei der Kleinarbeit sind. Es soll nicht verschwiegen werden, daß in der Umgegend von Chemnitz, beziehungsweise im unteren Erzgebirge der Besuch der Versammlungen nicht ganz den gehegten Erwartungen entsprach. Es war dies eine Nachwirkung des ungünstig verlaufenen Streiks der Bergarbeiter. Es ist jedoch sicher, daß auch in solchen Orten die vorausgegangene schriftliche Agitation für das Frauenwahlrecht ihren Einfluß nicht verfehlen wird. In Hamburg war die Kundgebung weit wichtiger als im Vorjahr. Tausende von Frauen beteiligten sich an den 15 Demonstrationsversammlungen. Durch die imposante Versammlung in Bremerhaven haben die dortigen Frauen bemerkenswerte politische Reife bekundet. Es fand nämlich gleichzeitig ein Fest statt, bei dem sie sonst nie zu fehlen pflegen. Die sehr eifrige Vorbereitung des Frauentags durch unsere Genossinnen hat zu dem Ergebnis viel beigetragen. Schöne Erfolge waren die Versammlungen in Landsberg a. W. und in Bielefeld, einem kleinen Marktstädtchen, wo erst die Reichstagswahlen die Frauen etwas aufgerüttelt haben. In Westpreußen und in noch vielen anderen Gegenden hat die Agitation für das Frauenwahlrecht mit dem 12. Mai noch nicht ihr Ende erreicht. Umgekehrt, der Frauentag hat dort zahlreiche weitere Versammlungen eingeleitet, die der Aufklärung über die Forderung dienen, dem weiblichen Geschlecht volle politische Gleichberechtigung zu verleihen. Nur in sehr wenigen Orten wohnen bürgerliche Frauen den sozialdemokratischen Versammlungen bei, und noch kleiner war die Zahl der Versammlungen, in denen Frauenrechtlerinnen offen ihre Sympathie für das allgemeine Wahlrecht aller Großjährigen ohne Unterschied des Geschlechts erklärten. Das war zum Beispiel in Berlin der Fall, wo Frau Gauer mit warmen Worten für die Forderung eintrat und erklärte, daß der Kampf der Arbeiterklasse dafür die Sache jedes demokratisch Empfindenden und Denkenden sein müsse. In Schwerin meinte Frau Friebe-Schmidt, eine Führerin des Frauenstimmrechtsverbandes, daß sie der Forderung des allgemeinen Frauenwahlrechts zustimme, daß die Referentin ihr auch mit der Begründung der Forderung aus dem Herzen gesprochen habe. Dagegen wärmte sie weiter den alten Klotz auf, daß die Reform lediglich Frauenfrage sei und keine politische Angelegenheit. Nicht vor, erst nach der Erlämpfung des Frauenwahlrechts müßten sich die Wege der sozialdemokratischen Proletarierinnen und der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen trennen. Die Referentin, Genossin Hader-Förber und ein Genosse hatten es leicht, den Rebel dieser verworrenen und ungeschichtlichen Ansicht in sein Nichts aufzulösen. Den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen bürgerlicher und proletarischer Frauenbewegung beleuchtete in Gemelungen Genossin Schäfer durch die Praxis des Bundes für Mutterschutz in Bremen. Alles in allem hat auch der herrliche sozialdemokratische Frauentag in Erscheinung treten lassen, daß in Deutschland die Beteiligung am Kampfe ihrer Klasse den Proletarierinnen politische Einsichten und Tugenden verliehen hat, die den bürgerlichen Frauen größtenteils fehlen. Nicht die Frauenrechtlerinnen, die sozialdemokratischen Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen sind die Hauptträgerinnen des Kampfes für die volle politische Gleichberechtigung des Weibes.

Es versteht sich, daß am Frauentag in erster Linie die Genossinnen als Referentinnen oder Diskussionsrednerinnen ihre Schuldigkeit getan haben. Bei den vielen Hunderten von Veranstaltungen ist es jedoch ebenso selbstverständlich, daß vielerorts Genossen die Forderung des Frauenwahlrechts begründen mußten, sie haben das ebenso trefflich und begeistert wie die Genossinnen getan. Wo immer es möglich war, da ruhte die Leitung der Demonstrationsversammlungen in den Händen der Genossinnen. Auch dabei haben sich die Frauen bewährt, wenngleich manch einer von ihnen zum erstenmal der Mutter gekommen war, vor die Öffentlichkeit zu treten. In vielen Orten ist die Veranstaltung mit Frauenhören eröffnet und geschlossen worden. Nicht oft bedauerten die Genossinnen, daß sie nicht die doppelte Anzahl der Frauenwahlrechtszeitung hatten, so stark wurde das Blatt begehrt. So in Hannover-Linden, wo im Nu 750 Exemplare verbreitet waren. Der Frauentag hat wieder den Leserkreis der Parteipresse beträchtlich erweitert und der Sozialdemokratie Tausende weiblicher Mitglieder zugeführt. Er ist Erntetag und Säetag zugleich gewesen.

**Unfaire Agitation und Berichterstattung.** In der Nr. 20 des demokratischen Wochenblatts „Das freie Volk“ beschäftigt sich R. D. (lies: Regina Deutsch) mit meiner Rede vom 12. Mai und mit meinem Artikel: „Spezialisierte Agitation unter den Frauen“. Da ich mich ganz entschieden gegen das dort Gesagte und gegen die daraus gezogenen Schlussfolgerungen wenden muß, sei zunächst die Notiz wörtlich wiedergegeben; sie lautet:

Von den nationalliberalen Männern ging es zu den sozialdemokratischen Frauen, die ihren Wahlrechtssonntag begingen. Wahrscheinlich, der Gegensatz war groß genug. Ich hörte Luise Zieg, eine der besten Rednerinnen der Partei, sprechen. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet, daß der bürgerlichen Frauenbewegung von den Genossen und Genossinnen der Vorwurf gemacht worden sei, daß sie die Wahlrechtsforderungen nur insoweit vertreten, als das Interesse ihrer Sache nicht dadurch geschädigt werde.“ Luise Zieg tat das nicht. Sie wandte sich nur gegen einen Ausbruch, der auf dem Frauentag gefallen sein soll. „Kulturlos und kulturarm“ soll eine Rednerin — ich weiß nicht welche — die Arbeiterinnen genannt haben, die doch zum Teil den Bestehenden erst die Möglichkeit des Wohllebens geben. Wir beurteilen selbstverständlich einen solchen Ausdruck, den sicherlich keine unserem Stimmrechtsverband angehörende Frau getan hat oder je tun wird. Ich fand im ganzen, daß Luise Zieg sich von Abstreifungen und scharfen Angriffen fern hielt. So ungefähr sagen wir's auch, mit etwas weniger Empörung und Temperament, mit mehr Berücksichtigung aller Kreise. Denn es gibt doch außer den Arbeiterinnen noch andere ringende Frauen. Auch das weiß Luise Zieg. In der neuesten Nummer der „Gleichheit“ empfiehlt sie sogar eine „spezialisierte Agitation“ unter den Lehrerinnen. Vor einigen Monaten sagte nun Luise Zieg in einer Diskussion, es sei „unfair“ von uns, in den Kreisen der Arbeiterinnen zu agitieren; wir sollten dort wirken, wo die Sozialdemokratie es nicht könnte: unter den bürgerlichen Frauen; von den Arbeiterinnen sollten wir die Hände lassen. Und nun empfiehlt sie gerade unter den Lehrerinnen zu werben! Ich gebe Luise Zieg das von ihr gebrauchte Wort nicht zurück; wahrscheinlich teilt sie auch den Standpunkt: „Ja, Bauer, das ist ganz was anderes!“

Aus dem, was die sozialdemokratische Rednerin sagte, war mir besonders interessant, zu entnehmen, daß sie die Erwerbsarbeit der Ehefrau durchaus nicht als notwendiges Mittel zu deren wirtschaftlicher Selbstständigkeit betrachtet. Sie kennt die schweren Folgen der Vereinigung von Beruf und Mutterschaft zu gut, um ein Ideal in der beruflich tätigen Ehefrau zu sehen. Sie weiß natürlich, daß das heute etwas in den ökonomischen Verhältnissen Begründetes ist; sie verlangt vorläufig hier nichts als Verkürzung der Arbeitszeit. Alles andere kann doch nur der sozialistische Zukunftsstaat bringen; das ist bei Luise Zieg eine selbstverständliche Folgerung.

Eine Diskussion fand nirgends statt; es war also von unserer Seite nicht möglich, eine Sympathieerklärung für unsere in schwerem Kampfe stehenden Schwestern zu geben. Erwähnen möchte ich noch, daß die Rednerin die „keine demokratische Vereinigung“ als die einzige Partei bezeichnete, die neben der Sozialdemokratie voll und ganz für die Frauenforderungen eintritt.“

R. D.

Dazu habe ich zu sagen: Entweder ist R. D. nicht fähig, den Gedankengang eines Referats zu erfassen, und dann sollte sie die Finger von der Berichterstattung lassen, oder sie bringt absichtlich einen entstellten Bericht, und dann kann ich nur sagen, daß ihre Berichterstattung, ebenso wie die jüngst vom Verband für Stimmrecht betriebene Agitation unter den Näherinnen, eine unfaire ist.

Wichtig an dem Bericht ist nur, daß ich nicht gegen die Stellung bürgerlicher Frauen zum Wahlrecht polemisiert habe. Ich unterließ die Polemik nicht deswegen, weil deren Haltung in der Wahlrechtsfrage einwandfrei ist, sondern weil die Lokale 8 1/2 Uhr geräumt werden mußten und wir deshalb keine Diskussion geben konnten. Ich hätte es aber als unanständig empfunden, in meinem Referat Leute anzugreifen, denen nachher, durch die Umstände bedingt, die Möglichkeit fehlte, antworten zu können. Wie ansehbar — um kein schärferes Wort zu gebrauchen — die Haltung bürgerlicher Frauen zur Forderung des demokratischen Frauenwahlrechts ist, hat bekanntlich erst der letzte Frauensongress erwiesen. Ich sehe dabei ab von der Tatsache, daß die Behandlung dieser Frage als letzter Punkt auf die Tagesordnung gesetzt war und er erst zur Verhandlung kam, als die für den Kongress festgesetzte Zeit schon verstrichen war, ich erinnere hier nur daran, wie Frau Cauer behandelt wurde, die mutig die Forderung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für Männer und Frauen vertrat. Ich erinnere daran, unter welch lebhaftem Beifall der großen Majorität des Kongresses die Korreferentin sich gegen ein demokratisches Frauenwahlrecht wandte und die Forderung der Gleichberechtigung höhennend und wegwerfend „Pfrasen“ nannte. Oder soll ich noch daran erinnern, daß erst auf unsere Kritik hin der Verband für Frauenstimmrecht sich dazu bequente, die Forderung des allgemeinen und gleichen Frauenwahlrechts in sein Programm aufzunehmen, soll ich daran erinnern, daß seitdem im Verband der gegenseitige Kampf der „radikalen“ und „gemäßigten“ Richtung nimmer aufhört, soll ich an die Beschlüsse der süddeutschen Gruppe erinnern oder gar an die „berühmten“ Reden Fräulein Schirrmachers und — anderer, oder an den Beschluß der letzten internationalen Tagung des Weltbundes für Frauenstimmrecht? Soll ich daran erinnern, wie Mitglieder des Frauenstimmrechts bei der letzten Reichstagswahl lebhaft agitierten für Mitglieder bürgerlicher Parteien, die vom demokratischen Frauenwahlrecht nichts wissen wollen? Doch damit genug. Alles das ist R. D. doch auch wohl nicht unbekannt, und es klingt deshalb mindestens recht naiv, wenn sie schreibt: den Ausdruck „kulturarm“ und „kulturlos“ würde ein Mitglied des Stimmrechtsverbandes sicher nicht gebrauchen gegenüber Arbeiterinnen.

Gegen den indirekten Vorwurf, der gegen andere Genossinnen erhoben wird durch die gnädige Attestierung, die mir zuteil wird, daß ich mich von Übertreibungen ferngehalten hätte, brauche ich mich nicht zu wenden, er fällt auf die Angreiferin zurück. Eine direkte Unrichtigkeit ist es jedoch, wenn R. D. sagt, so „ungefähr“ sagen wir es auch, nur unter Berücksichtigung aller Kreise. Ich habe ausdrücklich nicht nur für die Arbeiterinnen, sondern für alle Frauen das Wahlrecht verlangt und habe bei der Begründung dieser Forderung aufgezeigt, wie auch für die Frau des Klein- und Mittelbürgertums und der Intellektuellen durch die wirtschaftliche Entwicklung Arbeit und soziale Stellung verändert wurde und innere und äußere Lebensnöte entstanden, die den Besitz einer politischen Waffe zur Notwendigkeit machen. Ob R. D. die Forderung des Frauenwahlrechts „ungefähr wie ich“ begründet, darüber später.

Geradezu unerhört aber ist es, was R. D. über den Teil meiner Rede schreibt, der sich mit der Frauenarbeit beschäftigt, und mit dem, was ich über die geschliche Verkürzung der Arbeitszeit gesagt. Es zeugt das von einem solchen Mangel an Auffassungsfähigkeit und — von einer so großen Unwissenheit über unsere sozialdemokratischen Theorien, wie ich sie bei R. D. wirklich nicht erwartet hätte. R. D. schreibt, ich wisse zwar, daß die Frauenarbeit heute etwas in den ökonomischen Verhältnissen Begründetes sei, fordere sie jedoch nicht als notwendiges Mittel zur wirtschaftlichen Selbstständigmachung der Ehefrau, sehe in der beruflich tätigen Ehefrau nicht das Ideal, verlange heute vorläufig nichts anderes als den Achtstundentag, alles andere könne doch nur der Zukunftsstaat bringen. Das letztere sei bei mir eine selbstverständliche Folgerung. So viel Sätze, so viel Unsinn!

Was habe ich gesagt: Ich habe den Rechtsanspruch der Frau auf volles Bürgerrecht nachgewiesen an ihrer veränderten Stellung in der Gesellschaft, die begründet ist in ihrer Anteilnahme am gesellschaftlichen Arbeitsprozeß. Die praktische Bedeutung des Wahlrechts für die Frau habe ich alsdann illustriert an der Hand einer Reihe politischer Materien. Für die Arbeiterin wies ich den Wert des Wahlrechts nach, indem ich zeigte, welch wertvolle Waffe es für sie sein wird beim Kampfe um das Koalitionsrecht, um den gesamten Arbeiter- und Arbeiterinnenschutz, dessen Grundlage der Achtstundentag für Mann und Frau sei. In diesem Zusammenhang

sprach ich vom Achtstundentag und nicht, wie R. D. schreibt, als ob ich für die Gegenwart zugunsten der doppelt belasteten Ehefrau „nur eine Verkürzung der Arbeitszeit“ fordere und alles andere vom Zukunftsstaat erwarte. Den richtigen Zusammenhang mußte jeder, der überhaupt zuhörte, erfassen. Denn ich zeigte an der Hand der Steuergesetzgebung den praktischen Wert des Frauenwahlrechts für die Hausfrau auf; an der Hand der Schulgesetzgebung und des Militarismus den Wert des Wahlrechts für die Mutter und Gattin und fügte bedauernd hinzu, daß Mangel an Zeit mich hindere, im einzelnen an der Hand der Landesgesetzgebung und der Kommunalverwaltung nachzuweisen, wie wichtig und notwendig hier die tätige Anteilnahme der Frau sei. Nachdem ich den Wert der Reformen auf den einzelnen legislativen Gebieten aufgezeigt, wies ich nach, daß diese Reformen den Frauen und der ganzen Arbeiterklasse nur eine Erleichterung, keine Befreiung brächten. Diese könne erst die Wandlung in der Eigentumsordnung, die Beseitigung des Kapitalismus und die Verwirklichung des Sozialismus bringen, der auch erst alle jene Probleme zu lösen vermöge, die durch die Einreihung der Frau in den gesellschaftlichen Produktionsprozeß entstanden seien. Das Wahlrecht bedeute deshalb für uns vor allem auch eine Waffe zur Eroberung der politischen Macht, um die Verwirklichung des Sozialismus zu ermöglichen. Das Gesagte ist dann im einzelnen von mir erläutert worden.

So ungefähr sagen Sie es auch, Frau R. D.? Ich glaube nicht. In diesem Bekenntnis zum Sozialismus liegt doch wohl das, was uns grundsätzlich scheidet voneinander. Und aus dieser abgrundtiefen Kluft, die zwischen proletarischer und bürgerlicher Frauenbewegung gähnt, erwächst auch die ganz verschiedene Beurteilung der Gegenwartsforderungen und — unsere verschiedene Stellungnahme zu den politischen Tagesfragen. Doch noch eins, ich soll nicht für alle Ehefrauen die Erwerbsarbeit als Mittel ihrer wirtschaftlichen Befreiung gefordert haben. In diesem Zusammenhang sprach ich überhaupt nicht von der Frauenarbeit. Die Forderung hat die Sozialdemokratie auch nie und nirgends erhoben. Ob alle Ehefrauen erwerben, darauf kommt es nicht an für die Beurteilung der Frauenarbeitsarbeit, sondern darauf, daß in hohem und zunehmendem Maße die Frauen als Arbeitskräfte, als körperliche und geistige Arbeitskräfte dem gesellschaftlichen Arbeitsprozeß eingereicht und für ihn unentbehrlich geworden sind. Also darauf, daß die Möglichkeit der produktiven Arbeit im Dienste der Gesellschaft gegeben ist. Und das ist heute geschehen. Darin liegt der gewaltige historische Fortschritt, der die ökonomische Vorbedingung für die wirtschaftliche Befreiung der Frau vom Manne und der Familie geschaffen hat. Und durch die Wandlung in der Produktionsweise, wozu die Wandlung der Frauenarbeit nur eine Seite bildet, erhält die Pflichtleistung der Frau als Mutter und Hausfrau gleichfalls eine andere, höhere Bewertung, weil sie nicht nur der Familie, sondern auch der Gesellschaft zugute kommt. Volle Anerkennung dieser Pflichtleistung wird nicht der Kapitalismus, sondern erst der Sozialismus bringen, in dem der Mensch wieder zu seinem Rechte kommt, in dem er nicht mehr wie heute dem Eigentumsinteresse untergeordnet ist. Was ich hervorhob und was in ihrer köstlichen Naivität Frau R. D. wohl falsch verstanden hat, war, daß ich nachwies, der Kapitalismus sei als befreiende und knechtende Macht zugleich in das Leben der Frau getreten. Er habe durch die Erwerbsarbeit die Frau aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Manne ganz oder zum Teil befreit, dafür sie in die Abhängigkeit des Kapitals gebracht, was ich im einzelnen nachwies, um dabei die Notwendigkeit der Verwirklichung des Sozialismus aufzuzeigen.

Das hätte ich zu sagen zu dem Bericht über meine Rede. Nun zu meinem Artikel und der Beurteilung durch Frau R. D.

Frau R. D. wundert sich, daß ich einer besonderen Agitation unter den Lehrerinnen das Wort rede, da ich kürzlich in einer mündlichen Polemik den bürgerlichen Frauen den Vorwurf gemacht, ihre Agitation sei unfair, weil sie sich an die Arbeiterinnen gewandt, sie sollten dort wirken, wo wir es nicht könnten, bei den bürgerlichen Frauen, und da Frau R. D. jedenfalls die Lehrerinnen eo ipso zu den „bürgerlichen Frauen“ rechnet, erscheint ihr mein Artikel in Widerspruch mit meiner Polemik zu stehen. Ja, hätte ich den Widerspruch gesagt, den R. D. mich reden läßt, hätte sie recht, sich zu wundern. Es ist mir jedoch nicht im Traum eingefallen, einen solchen unglaublichen Standpunkt einzunehmen. Wie lag die Sache? Vom Schneiderverband wurde uns berichtet, daß Frauen vom Frauenstimmrechtsverband in die Ateliers gehen, unter Zustimmung und im Beisein der Chefin oder der Direktorin den

Schneiderinnen Vortrag über das Frauenwahlrecht halten und die Mädchen dann auffordern, Mitglied des Vereins für Frauenstimmrecht zu werden. Zu diesem Zwecke gehe alsdann eine Liste herum, auf der zu oberst sich die Inhaberin der Werkstatt oder die Direktrice einzeichne.

Dieses terroristische Vorgehen des Frauenstimmrechtsverbandes wurde im „Vorwärts“ gebrandmarkt. Nach einiger Zeit wurde uns vom Schneiderverband gemeldet, die jüngst aufgenommenen Mädchen seien von den Damen zu einer Versammlung eingeladen. Ort und Zeit der Versammlung erfuhren wir gleichfalls. In dieser Versammlung habe ich alsdann das Wort zur Diskussion genommen und habe die unfaire Art der Agitation gebrandmarkt.

Schon in dieser Versammlung zeigte sich Frau R. Deutsch sehr begriffstübig, indem sie zu wiederholten Malen erklärte, sie ließe sich keine Vorschriften darüber machen, in welchen Kreisen sie zu agitieren hätte. Darüber hatte ihnen auch niemand Vorschrift machen wollen. Was ich brandmarkte, war die Art der Agitation, bei der die Frauenstimmrechtsmitglieder sich die wirtschaftliche Abhängigkeit der Mädchen nutzbar machten, um durch die Aufforderung zum Beitritt in ihren Verband, die erfolgte im Weisheit der Arbeitgeberin, die Mädchen zum Beitritt zu pressen. Ich habe damals der Frau Deutsch ausdrücklich erklärt, daß ich gewiß nichts dagegen einzuwenden hätte, wenn sie in öffentlichen Versammlungen sich an die Arbeiterinnen wenden würden, um sie für den Frauenstimmrechtsverband zu gewinnen. Das sei ihr gutes Recht. Unser gutes Recht sei es aber auch, in diesen Versammlungen zu erscheinen, um mit den Damen „die Klagen zu kreuzen“, um in der Diskussion nachzuweisen, daß für die Arbeiterinnen und für alle, die ehrlich für das demokratische Frauenwahlrecht kämpfen wollen, der Platz in den Reihen der Sozialdemokratie sei. Ich habe darauf verwiesen, daß durch die kritisierte Art der Agitation die Damen sich selber moralisch ohreifeigen. Öffentlich treten sie ein für das geheime Wahlrecht. Warum? Doch wohl, damit jeder frei nach seiner Überzeugung, ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Interessen wählen könne, und durch die Art, wie sie ihre Agitation betreiben, schließen sie für die unwordenen Arbeiterinnen die Freiheit der Entschließung aus, da viele aus Furcht, die Arbeit zu verlieren, der Aufforderung zum Beitritt Folge geben. Frau Gauer, die erst in der Versammlung von den Vorlesungen erfährt, ist mir ausdrücklich beigetreten durch die Erklärung: die Art der Agitation halte auch sie nicht für einwandfrei.

Ich meine, das ganze Vorkommnis war für den Frauenstimmrechtsverein und besonders für Frau Deutsch, die sich zur Demokratischen Vereinigung zählt, so ungemein blamabel, daß sie alle Ursache gehabt hätte, darüber zu schweigen, um es in Vergessenheit zu bringen, statt daß sie, indem sie meine Ausführungen fälscht, mich zwingt, diese richtigzustellen und damit das Vorgehen der Damen nochmals zu brandmarken. Denn die ganze Art der Agitation — nicht die Agitation überhaupt —, die damals die Damen beliebten, unterscheidet sich doch nur sehr wenig von der Art, wie der Mitgliederbesatz von den „Gelben“ betrieben wird.

Solche Art verschmähen wir nicht nur, sondern wir verabscheuen und verurteilen sie auf das schärfste, und es ist deshalb wohl nur der Frau R. D. klar, wieso sie unsere beabsichtigte Agitation unter den Lehrerinnen, die sich in aller Öffentlichkeit abspielen wird, mit der von ihnen beliebten Art der Agitation unter den Arbeiterinnen vergleichen kann, die ich heute wie damals, sehr gelinde ausgedrückt, als unfair bezeichnen muß.

**Sozialistische Blindenliteratur.** Seit dem 1. Oktober 1909 erscheint in Berlin unter dem Titel „Die neue Zeit, Organ zur Pflege sozialistischer Weltanschauung unter den Blinden deutscher Junge“ ein Blatt, das die Aufgabe hat, Wissen und Aufklärung über Wesen und Ziele der modernen Arbeiterbewegung unter den Blinden zu verbreiten, die zumeist den proletarischen Schichten angehören. Das Organ bringt Artikel über theoretische und praktische Fragen der gesamten Arbeiterbewegung. In der wissenschaftlichen Beilage gelangen Aufsätze aus dem Gebiet der Naturwissenschaft, der Kulturgeschichte, Nationalökonomie usw. zum Abdruck. Das Blatt hat unter den deutschsprechenden Blinden eine recht gute Verbreitung gefunden. Im Interesse der Sache ist jedoch notwendig, daß die Genossinnen und Genossen ihr möglichstes tun, um dem sozialdemokratischen Blindenorgan neue Leser zuzuführen. Wir bitten daher unsere Leserinnen, die ihnen bekannten Blinden auf das Organ aufmerksam zu machen. Nummer 4 des 8. Jahrgangs hat folgenden Inhalt: Kapitalistische Sozialreform. Von Luise Zieh. Der Zukunftsstaat. Von A. Panneloef. Der Kampf der Graubstaben.

Von B. Nichtsteig. Befruchtete. Blindentwesen. Hierzu die wissenschaftliche Beilage. Der Abonnementspreis der Zeitschrift, die in Braillescher Kurzschrift gedruckt wird, beträgt bei sechsmonatlichem Erscheinen jährlich 8,00 Mk. für Deutschland und Österreich-Ungarn und 4,50 Mk. für die übrigen Staaten. Bestellungen und Anfragen sind zu richten an A. Wendt, Berlin N 89, Sprengelstr. 1. Das Blatt wird nicht im Buchhandel vertrieben, sondern ist nur durch die angegebene Stelle zu beziehen.

### Politische Rundschau.

Reichstag und preussischer Landtag sind in die Ferien gegangen — erst im Herbst treten sie wieder zusammen. Ihre letzten Taten waren Vorstöße gegen die Sozialdemokratie. Jede Gelegenheit wird in beiden Parlamenten von der Reaktion benützt, um irgend einen Entrüstungsrummel gegen die Vertreterin der Arbeiterklasse ins Werk zu setzen. Man will das Bürgertum gegen die Sozialdemokratie aufputschen und so dem Fortschritt das Zusammenwirken mit ihr verleiden, von dem übrigens verteuert wenig zu verspüren war. Und bei der Hasenherzigkeit unserer Entschiedenliberalen ist diese Vernehmung nicht aussichtslos. Das erweist das ängstliche Bestreben der Fortschrittler, in solchen Situationen von der Sozialdemokratie abzurücken, so in der Debatte über die Rede Scheidemanns im Reichstage und bei der Vergewaltigung Vorhards im preussischen Dreiklassenhaufe.

In der Schlußsitzung des Reichstags versuchte der Freikonservative Schulz noch schnell eine Hetze gegen die Sozialdemokratie zu veranstalten. Genosse Ledebour hatte bei der 3. Etatberatung noch einmal wichtigen Einspruch gegen die Straßburger Staatsstreichdrohung Wilhelms II. erhoben. Er hatte dabei an Englands Beispiel gezeigt, wie das deutsche Volk auf solche Ausschreitungen des persönlichen Regiments antworten müßte, wenn das deutsche Bürgertum das Selbstbewußtsein des englischen hätte. Als nun Herr Schulz über diese Zurückweisung kaiserlicher Drohungen in heiligem Zorn entflammte, kam Bethmann Hollweg zu der Erkenntnis, daß er an Entrüstung hinter dem Freikonservativen nicht zurückstehen dürfe. Aber der Reichskanzler war nicht vorbereitet, die helfenden Geheimräte fehlten und so konnte er leider keine wirkliche Form für seine plötzlich zum Stochen gebrachte Entrüstung finden. Verworren stammelte er etwas hervor von der Treue zum Kaiser, von dem Festhalten des deutschen Volkes am verfassungsmäßigen Regiment und seiner Abneigung gegen eine sozialistische Herrschaft. Mit einem verzweifelten Appell an das deutsche Volk, das auf die Angriffe Ledebours „auf Kaiser und Reich“ noch die Antwort geben werde, rettete sich zum Schluß der unglückliche Redner, der seine klappernde Verlegenheit durch forschen Ton vergeblich zu bemänteln suchte. Es war dem zweiten sozialdemokratischen Redner, dem Genossen Südekum ein Leichtes, diesen hilflosen Fescher in den Sand zu setzen. Er brachte nur die ganze Lächerlichkeit der reichskanzlerischen Unterschiebung aufzudecken, als gelte es, das verfassungsmäßige Regiment gegen die Sozialdemokratie zu schützen, während es sich doch um die Zurückweisung kaiserlicher Staatsstreichdrohungen durch die Sozialdemokratie handelte. Und dem Freikonservativen, der darüber tobte, daß man dem Kaiser zu nahe getreten sei, konnte unser Redner die Tatsache unter die Nase reiben, daß die Sozialdemokratie, so entschieden sie auch das persönliche Regiment bekämpft, niemals die persönliche Beleidigung Wilhelms II. kultiviert hat, wie das gerade die „Königstreuen Kreise“, allen voran die freikonservative „Post“ mit ihrem bekannten Wort vom großen Maulheld getan haben. Herr Schulz versuchte diese blutige Abfuhr vergeblich durch die krampfhafteste Versicherung zu parieren, daß der Artikel der „Post“ nur die Entgleisung eines Sommerredakteurs gewesen sei. Der Kanzler aber mußte seine gängliche Niederlage durch ein zweites Gestammel besiegeln, in dem er aus der Stellung der Sozialdemokratie zu den kleinen Anfragen und zum Interpellationsrecht beweisen wollte, daß diese Partei nicht bloß eine gefegliche Änderung der Verfassung anstrebe. Auf gut Glück stellte er die Behauptung auf, die sozialdemokratischen Parteitage hätten es beraten, daß die Sozialdemokratie den gewalttätigen Umsturz der Verfassung erstrebe; auch die schlauen Revisionsisten täten nur so, als wollten sie die friedliche Entwicklung. Das zog dem Reichskanzler noch eine Abstrafung durch den Genossen Scheidemann zu. Dieser führte dem gelehrten Herren zu Gemüte, daß die bescheidenste Tatsachenkenntnis und Gewissenhaftigkeit ihm solche Schwaferei verboten hätte. Sintermal die Sozialdemokratie oft genug erklärt hat, daß sie die friedliche Entwicklung will, daß die Verantwortung für Gewalttaten auf die Gegner fällt, wenn sie durch Angriffe auf die Volkrechte die Massen zur Notwehr zwingen. Der Kanzler und die bürgerlichen Parteien hatten an diesen Dingen genug und schwiegen.

Die Wehrevorlagen sind natürlich in dritter Lesung von den bürgerlichen Parteien ebenso debattelos angenommen worden, wie in der zweiten, ja sie wurden sogar durch en bloc-Abstimmung erledigt. Mit den Sozialdemokraten lehnten nur die Polen, Elsäßer und der Däne die Heeresvorlage ab, gegen die Flottenvorlagen stimmten außerdem die Welfen, sonst war die bürgerliche imperialistische Phalanx durchaus geschlossen. Bei der Deckungsvorlage allerdings haben sich die Herrschaften nicht so beeilt. Da ist die Entscheidung einfach hinausgeschoben worden. Infolge der Vergünstigungen, die sich die Schnapsbrenner an Stelle der für Norddeutschland der Form nach abgeschafften Liebesgabe aus dem Reichsfiskus bewilligt haben, bringt die Brantweinsteuer nicht die Summen, die zur Deckung der neuen Rüstungsausgaben erforderlich sind. Deshalb haben Zentrum und Nationalliberale zunächst die Aufhebung der Zudersteuer, die schon längst versprochen war, wieder hinausgeschoben. Ob sie in den nächsten Jahren aufgehoben wird, das hängt davon ab, ob in der nächsten Session eine Besitzsteuer geschaffen wird, wie sie der Kompromißantrag der Nationalliberalen und des Zentrums fordert. Was das für eine Steuer sein wird — die Regierung hat eine Vorlage versprochen — steht noch dahin. Sicher ist, daß die Junker alle Anstrengungen machen werden, um einer direkten Besteuerung für das Reich zu entgehen. Sie schlagen Steuern vor, die einseitig Industrie und Handel treffen sollen, als da sind Dividendensteuer und dergleichen. Der Reichschatzsekretär hat sich um die Frage herumgedrückt, was für eine Steuer die Regierung vorschlagen werde, und der Zentrumsabgeordnete Spahn hat erklärt, daß ihr völlig freie Hand gelassen werden müsse. Er hat aber angedeutet, daß die Steuer auch durch die Bundesstaaten gemacht werden könnte. Vorläufig ist nur sicher, daß die Aufhebung der Zudersteuer wiederum verzögert ist, die Kosten der Wehrevorlagen also auf den breiten Massen in der Form indirekter Steuern lasten werden. Dabei haben die Nationalliberalen mitgewirkt, sie haben sich mit dem Zentrum zu einer Aktion zusammengefunden, die lediglich bezweckt, einen energischen Vorstoß für die Erbschaftsteuer zu verhindern. Und das obgleich die Erbschaftsteuer seit Jahren das Hauptstück der liberalen Agitation ist. Das ist wieder einmal eine Leistung des Liberalismus, die uns zeigt, was es mit der berühmten „Mehrheit der Linken“ auf sich hat. Zwar hat diese Mehrheit hinterher noch eine Resolution zugunsten der Erbschaftsteuer angenommen, aber dazu verstanden sich die Nationalliberalen erst, nachdem sie fast wertlos gemacht worden war durch die Resolution für die unbestimmte Besitzsteuer, die der Regierung volle Freiheit über die Art der Steuer läßt.

Bei einer Kraftprobe, die die Scharfmacher in der letzten Reichstagsitzung veranstalteten — sie brachten eine Resolution für eine neue Zuchthausvorlage ein —, stimmten mit den Junkern und Freikonservativen auch 9 Nationalliberale. Im ganzen erhielt die Resolution freilich nur 68 Stimmen, gegen 225. Das darf indes die Urheber nicht in Sicherheit wiegen. Denn dem Zentrum und den Nationalliberalen, die diesmal gegen die Resolution stimmten, ist nicht zu trauen. Sie können nötigenfalls auch anders. Wie gut sie es verstehen, ihren Wählern eine Nase zu drehen, haben sie im preussischen Dreiklassenhaufe bei der Abstimmung über den fortschrittlichen Wahlrechtsantrag gezeigt. Die Verhandlung war eine blutige Beleidigung des preussischen Volkes. Ihm sprechen die Junker und ihre Verbündeten frech die Nase für das Maß an Staatsbürgerrecht ab, das man selbst den „eroberten“ angeblich nach Frankreich drängenden Elsaß-Lothringern geben mußte. Aber über diese wirkliche Beleidigung des preussischen Volkes hat sich natürlich keiner von denen aufgeregt, die von einer Beleidigung faselten, als Scheidemann die preussische Junkerwirtschaft gebührend gekennzeichnet hatte. Der konservative Heydebrand hielt eine herausfordernde Rede, in der er jede Änderung des Dreiklassenwahlrechts verweigerte und Fortschrittler und Sozialdemokraten beschimpfte. Diesen, für die Genosse Reinert vorher kräftig gesprochen hatte, wurde hinterher die Entgegnung durch den üblichen Schlußantrag abgeschnitten. Der fortschrittliche Antrag auf allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht wurde natürlich von den Konservativen und Nationalliberalen niedergestimmt, der nationalliberale Antrag auf Pluralwahlrecht fand auch keine Mehrheit — nun blieb nur noch der fortschrittliche Eventualantrag, der das Dreiklassensystem an sich unberührt ließ und es nur durch geheime und direkte Wahl verbessern wollte. Für diese Reform sind angeblich Zentrum und Nationalliberale. Die Annahme des Antrags aber haben sie verhindert durch Abstimmungsänderung eines erheblichen Teils ihrer Mitglieder. Vom Zentrum fehlten unentschuldig allein 83 Mann, die ausgereicht hätten, um den Antrag durchzubringen, von den Nationalliberalen 19. Mehrere dieser Herrschaften verließen erst kurz vor der Abstimmung den Saal. So ist das preussische Proletariat wieder einmal in derber Weise

darauf gestoßen worden, daß es im Kampf um das gleiche Wahlrecht in Preußen nur auf die eigene Kraft vertrauen darf. Und diese Lehre ist kräftig unterstrichen worden durch den weiteren Beschluß des Abgeordnetenhauses, die Genossen Vorchardt und Reinert wegen Hausfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt dem Staatsanwalt auszuliefern und Strafantrag gegen den „Vorwärts“ zu stellen wegen Beleidigung. Dabei waren Zentrum und Nationalliberale natürlich durchaus auf Seite der Junker. Diese Mehrheit scheint sich gar nicht genug tun zu können in Herausforderung der Arbeiterklasse. Zu gleicher Zeit hat es der Oberstaatsanwalt abgelehnt, gegen den Polizeileutnant und seine Leute wegen ihrer geschwändigen Taten gegen die Genossen Vorchardt und Reinert ein Strafverfahren einzuleiten.

Die Budapestener Arbeiterschaft hat in der Woche vor Pfingsten den Junkern ihres Landes, die die Wahlreform verhindern wollten, eine kräftige Antwort gegeben. Sie leitete einen eintägigen Demonstrationsstreik ins Werk, und als die Polizei ihr eine Versammlung unter freiem Himmel verwehren wollte, kam es zu blutigen Straßenschlachten, in der Polizei und Militär der erbitterten Proletarier nicht Herr werden konnten. Erst nachdem die Regierung nachgegeben und die Versammlung gestattete, vermochte das Wort der Arbeiterführer die Ruhe wieder herzustellen, die der Säbel und das Gewehr nicht schaffen konnten. Die Blutopfer, die die Arbeiter bringen mußten, sind freilich groß, und groß ist auch die Zahl der Verhafteten, die nun der Klassenjustiz ausgeliefert sind. Aber trotz alledem darf sich das Proletariat seines Erfolges freuen, und die Toten werden nicht umsonst gefallen sein.

In Marokko bekommen die Franzosen die Schrecken eines großen allgemeinen Aufstandes zu kosten. Sie sind in der Hauptstadt Fez eingeschlossen, und ihre Lage ist sehr ernst. Ein langwieriger, kostspieliger, opferreicher Eroberungskrieg steht ihnen in Aussicht. H. B.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

Ein Teil des aus den Proletariern herausgeschundenen Mehrwert wird verwendet zu Zwecken der Arbeiternebelung und der Volksverwundung. Arbeiterwohlfahrtsvereine mancherlei Art sollen die Ausgebenteten über ihre Entbehrungen hinwegtäuschen und sie im Joche festhalten. Darüber hinaus tut aber der große Unternehmer noch ein Besonderes, den Geist christlicher Sklavendemut in der Arbeiterschaft zu pflegen, zu stärken. Der katholische Großindustrielle Thyssen wurde anlässlich seines 70. Geburtstags ob solch frommer Betätigung hoch gepriesen. Thyssen hat stets eine offene Hand für Kirchen gehabt, und die Zentrumsprelle wie die mit ihr verschworfene christliche Gewerkschaftsprelle singen Lieder zu seinem Lobe. Allein an Kirchenbauten machte er in die Millionen gehenden Aufwendungen, so noch in den letzten Wochen 40000 M. für eine neue Kirche in Hamborn, nachdem er dort schon eine Reihe Kirchenbauten ermöglicht hat. Natürlich gibt der fromme Großkapitalist solch hohe Summen durchaus nicht lediglich aus religiöser Begeisterung her. Die Zehnherrn im westfälischen Industriegebiet ziehen große Scharen ausländischer, meist katholischer Arbeiter als willige Ausbeutungsobjekte ins Land. Am sie den Einflüssen der modernen Arbeiterbewegung zu entziehen, gilt es für geistige Knechtung zu sorgen. Kirchen müssen gebaut und Stellen für Pfarrer errichtet werden, die über das „Seelenheil“ der Arbeiter zu wachen haben und jede selbständige Bewegung dieser niederhaften müssen. Die christlichen Gewerkschaften aber vollenden das Werk, indem sie den Streikbruch praktizieren. Diese heilige Dreieinigkeit von Kapital, Kirche und christlicher Gewerkschaft zeigt, daß die Religion für die Besitzenden immer noch eines der wirkungsvollsten Werkzeuge für die Ausbeutung und Knechtung der Arbeitenden ist. Die wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen müssen sich frei von allen kirchlichen und religiösen Einflüssen halten, wollen sie die Lage der Ausgebenteten verbessern und eine Waffe für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse sein.

Die Schnelljustiz gegen die Streikführer im Ruhrrevier hat in ihrem Ueberseher den Rechtsboden doch allzuweit verlassen. Eine Verurteilungsinstanz, das Essener Landgericht, hat nämlich nach eingehender Verhandlung festgestellt, daß Hunderte der auf Freiheitsstrafen lautenden Urteile der Streikjustiz erster Instanz geschwändig und deshalb ungültig sind. Die Schöffengerichte im Ruhrrevier haben eine Anzahl Urteile wegen Vergehen gegen eine Oberpräsidialverordnung gefällt, und zwar erkannten sie in vielen Fällen auf Freiheitsstrafen von 1 bis 4 Wochen gegen Personen, die den Aufforderungen der Polizisten zum Weitergehen nicht sofort Folge geleistet haben sollten. Jetzt stellt sich heraus, daß die angezogene Oberpräsidialverordnung nur Geldstrafen in Höhe bis zu 60 M. vorsieht. Eine große Anzahl Verurteilter hat also Freiheitsstrafen erhalten und erlitten, die auf Grund der angezogenen Bestimmungen gar nicht

zulässig waren. Werden diese Opfer der Klassenjustiz vom Staate für die zu Unrecht erlittene Strafe entschädigt werden?

Der Streik in der Rheinschiffahrt ist abgebrochen worden, da angesichts des Vorgehens der Polizei und des Zugangs ausländischer Streikbrecher keine Aussicht auf Erfolg bestand. Die Streikenden haben sich wieder gehalten und keiner von ihnen wurde während des Kampfes abtrünnig. Die Organisationen hätten gegen eine Fortführung des Streiks nichts einzuwenden gehabt, doch die Streikenden selbst waren für den Abbruch des Kampfes, der in vielleicht nicht allzuferner Zeit unter günstigeren Bedingungen wieder aufgenommen werden kann.

Im Hamburger Hafen sind nunmehr die Arbeitsbedingungen nur für wenige Gruppen der Hafnarbeiter nicht geregelt. Tiefere gehende Differenzen können sich mithin kaum noch erheben. Sinegenen haben auch erneute Verhandlungen im Rürschnerstreik zu Weisensfelds zu keiner Einigung geführt. Die Unternehmer hatten in der fünften Streikwoche der Streikleitung mitteilen lassen, daß sie zu Verhandlungen bereit seien, wenn von der Regelung der Arbeitsverhältnisse für die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen abgesehen würde. Das lehnten die Streikenden ab, doch formulierte die Streikleitung später ihre Forderungen etwas anders, um Verhandlungen mit den Unternehmern möglich zu machen. Diese stellten aber trotzdem wieder dieselben Bedingungen. Eine Versammlung der Streikenden erklärte nun, von der Regelung der Löhne für Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen nicht absehen zu können, und beschloß, den Streik weiterzuführen.

In der fürthher Glasindustrie bereitet sich eine Aussperrung vor. Weil die Arbeiter eines Großbetriebs Arbeitsbedingungen schaffen wollen, die in kleineren Betrieben am Orte schon bestehen, und sie deshalb streiken müssen, drohen die anderen Unternehmer auszusperren.

Eine Gewerkschaft, die nächst dem Tabakarbeiterverband durch ihre große Zahl weiblicher Mitglieder unser besonderes Interesse verdient, der Buchbinderverband, weist erfreuliche Fortschritte auf. Bald werden auch hier die weiblichen Mitglieder die Zahl der männlichen überholt haben. Neben 15 950 männlichen Mitgliedern zählte der Verband im Jahre 1911 14 805 weibliche. Im Verhältnis sind die Arbeiterinnen im Buchbinderverband sogar noch besser organisiert als im Tabakarbeiterverband. Der Erfolg davon ist, daß die Unternehmer gezwungen sind, bei Tarifabschlüssen die Forderungen der Arbeiterinnen zu berücksichtigen.

In England löst eine wichtige Streikbewegung die andere ab und läßt die kapitalistische Gesellschaft kaum noch zum Atemholen kommen. Jetzt stehen über 100 000 Londoner Transportarbeiter im Generalsstreik, der Dockarbeiter, Kollutischer, Eisenbahnarbeiter, Heizer, Lokomotivführer und andere mehr umfaßt. Der Verkehr im Hafen und in der Hauptstadt ist weitgehend lahmgelegt. Eingeleitet wurde der Streik durch einen Ausstand der Leichterwärner. 2000 von diesen waren ausgesperrt worden, weil sie sich weigerten, mit einem Unorganisierten zusammenzuarbeiten. Am 29. Mai gab der Transportarbeiterverband die Lösung des Generalsstreiks für London aus. Die Streikenden fordern, daß sie nicht gezwungen werden, mit Unorganisierten weiterzuarbeiten. Weiter verlangen sie einheitliche Lohnsätze auf der Grundlage der höchsten zurzeit gezahlten Löhne. Die Regierung hat Polizei und Militär aufgeboden. Die großen Streiks in England zeigen die Nichtigkeit des Veredes von der möglichen sozialen Harmonie der Ausbeutenden und Ausgebeuteten, sie zerlegen den Ruhm von der Arbeiterfreundlichkeit der liberalen Regierung.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hält in der letzten Woche des Juni in Berlin seinen neunten Verbandstag ab. Als zum letztenmal vor zwei Jahren die Vertreter der organisierten Holzarbeiter in München zusammenkamen, misierte der Verband 151 827 Mitglieder in 825 Zahlstellen. Bereits am Schluß des vorigen Jahres wurden 182 750 Mitglieder in 874 Zahlstellen gezählt und das Verbandsvermögen ist auf über 5 Millionen Mark gestiegen. Der Verband steht somit heute nach innen und außen gefestigt da. Die Verhandlungen der diesmaligen Tagung werden deshalb auch weniger finanziellen als verbandsstatistischen Fragen gelten. Außer den regelmäßig wiederkehrenden geschäftlichen Punkten und der Besprechung der Lohnbewegungen stehen auf der Tagesordnung die Regelung der Arbeitszeit im deutschen Holzgewerbe und die Frage der Arbeitsvermittlung. Diese letztere Frage hat besondere Bedeutung erlangt durch den großen Kampf, der im Vorjahre in Hamburg um die Erhaltung des paritätischen Arbeitsnachweises ausgefochten wurde. In bezug auf die Regelung der Arbeitszeit dürfte es zu einer Aussprache über die sogenannte „Klassifizierung der Städte“ kommen, sowie über die Verteilung der jeweils errungenen Arbeitszeitverkürzung auf die einzelnen Tage der Woche. Unter den vorliegenden Anträgen stehen sich gegenüber

solche, die für den „freien Samstagmittag“ eintreten und solche, die an Stelle dessen eine Verkürzung aller sechs Arbeitstage fordern. Ein anderer Antrag will die über die jeweilige Vertragsperiode hinausgehende Bindung bezüglich der Arbeitszeit vermieden wissen. Eine Anzahl Anträge befaßt sich mit den beruflichen Grenzstreitigkeiten. Besonders zahlreich sind die Wünsche auf Erweiterung der sagungsgemäßen Leistungen. Sie zielen auf Erhöhung der Reise-, Arbeitslosen-, Kranken- und Umzugsunterstützung hin. Einzelne Antragsteller fordern die Beseitigung oder wenigstens Einschränkung der Karenzzeiten, Forderungen, deren Erfüllung bei der gegenwärtigen Höhe der Beiträge unmöglich ist. Von mehreren Seiten wird verlangt, jugendliche Arbeiter sollten bis zum 18. statt wie bisher bis zum 17. Lebensjahre in der Beitragsklasse der weiblichen Mitglieder geführt werden. Die gleiche Vergünstigung über die volle Beitragsbefreiung wird von anderen für die noch erwerbsfähigen Mitglieder in höherem Alter gewünscht. Viele Anträge betreffen Fragen der Agitation und der Verwaltung. An Arbeitsstoff mangelt es mithin den Delegierten nicht. Unter ihnen wird sich zum erstmalig seit Bestehen des Verbandes eine Arbeiterin befinden, die Genosin Ammon aus Nürnberg. Wir werden über den Verlauf der Tagung berichten. fl.

### Genossenschaftliche Rundschau.

Nach dem jetzt veröffentlichten Bericht für das Jahr 1911 hat der Zentralverband deutscher Konsumvereine im verflossenen Jahr außerordentliche Fortschritte gemacht. Die Zahl der dem Verband angehörenden Vereine stieg von 1151 auf 1183. Es ist natürlich zu begrüßen, so heißt es im Bericht, wenn Vereine, die bisher noch ferngestanden haben, sich jetzt der allgemeinen Bewegung anschließen. Im großen und ganzen muß man jedoch damit rechnen, daß die Zahl der dem Zentralverbände angeschlossenen Konsumvereine nicht weiter steigt. Denn die moderne Entwicklung geht dahin, Neugründungen möglichst zu verhüten und an Orten, wo ein neuer Verein entstehen soll, wenn irgend möglich eine Verteilungsstelle eines benachbarten Vereins zu errichten. Ferner werden überall dort, wo von früher her in unmittelbarer Nähe voneinander zahlreiche kleine Vereine bestanden, diese zu modernen, leistungsfähigen Bezirkskonsumvereinen verschmolzen. Das alles wirkt dahin, daß die Zahl der Konsumvereine nicht wesentlich steigen kann. Um so mehr muß jedoch die Zahl der Mitglieder in den Vereinen steigen; denn die großen Genossenschaften, die jetzt entstehen, üben ja eine ganz andere Anziehungskraft aus als die früheren kleinen Vereine. Die Mitgliederzahl ist denn auch um 144 000 gestiegen, nämlich von rund 1 181 000 auf 1 325 000. Das ist eine sehr erfreuliche Zunahme. Die Zahl zeigt aber auch andererseits jedem, der die moderne Arbeiterbewegung kennt, daß noch sehr viele draußen stehen, für die die Mitgliedschaft im Konsumverein unbedingte Notwendigkeit wäre. Der Umsatz der dem Zentralverband angeschlossenen Genossenschaften, wozu auch die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine gehört, stieg von 433 Millionen Mark auf 506 Millionen Mark, also um 73 Millionen Mark in einem Jahre. Bisher war die größte Umsatzeigerung im Jahre 1910 mit 51 Millionen Mark zu verzeichnen. Demgegenüber stellen die 73 Millionen Mark im verflossenen Jahre eine außerordentliche Zunahme dar. In Eigenproduktion wurden im Zentralverband deutscher Konsumvereine für 81 Millionen Mark Waren hergestellt gegen 66 Millionen Mark im Vorjahre. Die Zahl aller im Zentralverbände beschäftigten Personen stieg von 18 923 auf 21 939. Warenbestände sind im Werte von 50 Millionen Mark vorhanden, Maschinen und Inventar sind mit 14 Millionen Mark bewertet, nicht weniger als 74 Millionen Mark sind in Grundbesitz angelegt. Das gesamte Kapital, mit dem die modernen Konsumvereine arbeiten, beträgt 752 Millionen Mark. Der Drang zur Schaffung größerer Konsumvereine führte auch zur Steigerung der Eigenproduktion. Zahlreiche Vereine haben im vergangenen Jahre neue Wätereien errichtet. Bei den Schächtereien geht die Entwicklung nicht im selben Schritt vor sich, da man hier erst im Begriff steht, von den Versuchen zur ruhigen Arbeit überzugehen. Noch schwieriger ist die genossenschaftliche Milchverförmung der Mitglieder. Der Vorstandsbericht verzeichnet weiter die Einführung der Beratung der Konsumvereine bei Kauangelegenheiten, die sich sowohl auf die technische wie auf die finanzielle Seite erstreckt. Alles in allem können die Konsumvereine mit ihrer Entwicklung in dem Leuerungsjahre 1911 sehr zufrieden sein.

Die großen Konsumvereine beginnen auch in die landwirtschaftliche Eigenproduktion einzutreten. Die Hamburger Konsum-, Bau- und Spargenossenschaft „Produktion“ hat

das Erbpachtgut Schwanheide in Mecklenburg-Schwerin erworben. Die „M. A.“ teilt darüber folgende Einzelheiten mit: Der Besitz ist 899 Hektar groß und liegt unmittelbar an der gleichnamigen Haltestelle der die Ländereien durchschneidenden Bahn Hamburg—Berlin, 58 Kilometer von Hamburg entfernt. Das Gut ist vorzüglich arrondiert. Von den 1600 Morgen Boden waren bisher 850 Morgen Weiden und Wiesen, 1150 Morgen Acker, davon allerdings 350 Morgen vorübergehend als Tannenschonung verwendet, 70 Morgen Wald (dreißigjähriger Kiefernbestand) und 80 Morgen Moor. Gebaut wurden Roggen, Hafer und Kartoffeln. Der inzwischen bereits vergrößerte Viehbestand umfaßt 11 Pferde, 90 Rinder (einschließlich Jungvieh) und 100 Schafe (einschließlich Lämmer). Landwirtschaftliche Maschinen sind in großer Zahl vorhanden. Der Kaufpreis des Gutes beläuft sich ausschließlich der Kosten auf 350 000 Mark. Außer dem Gute wurde ferner für 56 000 Mark eine im Jahre 1911 eröffnete, neu eingerichtete Molkerei erworben. Durch Verträge, die noch neun Jahre laufen, ist eine Reihe Landwirte der Umgegend zur Lieferung der Milch von 250 Kühen verpflichtet. Das Lieferungsgebiet ist erweiterungsfähig. Die Bewirtschaftung der Betriebe wird zunächst in der bisherigen Weise geschehen, der Ausbau für die Zwecke der Genossenschaft muß schrittweise erfolgen. Zurzeit sind im Sommer 31 Personen auf dem Gute beschäftigt. Für die Ausführung der landwirtschaftlichen Arbeiten auf dem Gute waren Saisonarbeiter bereits angenommen auf Grund eines für den Nachfolger bindenden Vertrags. Die neue Verwaltung hat sofort für eine bessere Ausstattung des Schnitterhauses Sorge getragen und auch die Gutswohnungen der ständigen Arbeiter besser eingerichtet. Als Verwalter des Gutes hat die Gesellschaft einen praktischen Landwirt eingestellt, der seit langen Jahren Genossenschaftler ist. Diese Anläufe stehen im engsten Zusammenhang mit den wachsenden Bedürfnissen der sich ausdehnenden Betriebe. Was unsichere Milchzufuhr bedeutet, haben im letzten Sommer vor allem auch manche Brotproduktionsgenossenschaften gespürt. Ebenso hat der in den letzten Jahren immer fühlbarer gewordene Mangel an Schweinen, die für Dauerware tauglich sind, die Entschließungen beeinflusst. Die Besitzerin des Gutes ist selbst Konsument der erzeugten Ware; sie kann also die Sache vom Konsumentenstandpunkt anpacken, unbeeinträchtigt vom Mästerstandpunkt, der auf die Berücksichtigung der Konsumenteninteressen eben nicht immer hinweist. Es handelt sich alles in allem um einen wohlverwogenen Versuch, der mit der nötigen Vorsicht ausgeführt werden wird. Die verantwortlichen Hamburger Genossenschaftler kennen die bisher auf dem Gebiet genossenschaftlicher Landbewirtschaftung besonders in England gemachten Erfahrungen. Sie spannten daher ihre Erwartungen hinsichtlich der Rentabilität nicht zu hoch, sind aber der zuversichtlichen Hoffnung, daß bei geschickter, ruhiger Durchführung des Gesamtplans nicht nur der Genossenschaft kein Nachteil erwachsen, sondern eine Grundlage geschaffen werden wird, auf der weitergebaut werden kann.

Bereits seit längerer Zeit unterhält die Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine eine Versicherungsabteilung, die vor Jahresfrist erweitert wurde. Durch die sachmännische Vertretung der Konsumvereinsinteressen gegenüber den Versicherungsgesellschaften ist es möglich gewesen, Prämienermäßigungen, hohe Rabatte und gute Provisionen herauszuholen. Die Konsumvereine stehen jetzt ihren Versicherungsgesellschaften ganz anders gegenüber. Im Schadensfalle werden ihre Interessen durch einen Fachmann vertreten, auf den die Gesellschaften weitgehende Rücksichten nehmen müssen, wenn sie nicht viele Versicherte verlieren wollen. Bei der Haftpflicht- und Unfallversicherung war es, da es sich nun um ein sehr großes Objekt handelte, ebenfalls möglich, günstigere Bedingungen zu erzielen. Ferner wurden von der Versicherungsabteilung die Vorarbeiten für eine Konsumgenossenschaftliche Pferdeversicherungs-Gilde erledigt, die die Pferdeversicherung der deutschen Konsumvereine betreiben wird. Da die Konsumvereine ihre Pferde gut halten und nicht anstrengen, wird diese Gilde viel billiger arbeiten als die Versicherungsgesellschaften, die viel Risiko haben. Es ist der Versicherungsabteilung möglich gewesen, einen recht erheblichen Provisionsgewinn zu erzielen, der im anderen Falle der Genossenschaftsbewegung verloren gegangen wäre. Jetzt stehen diese Gelder für allgemeine Genossenschaftszwecke zur Verfügung und dienen insbesondere dazu, die juristische Abteilung im Sekretariat des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu unterhalten.

Der Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine wird in der Woche vom 17. bis 22. Juni in Berlin abgehalten. Die Tagesordnung enthält einige wichtige Punkte von allgemeinem Interesse. Für den weiteren Ausbau der inne-

ren Organisation werden tief einschneidende Vorschläge gemacht. Es ist das erste Mal, daß ein derartiger Kongress in Berlin stattfindet. Wie üblich, schließt sich daran die Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft, die ihren Jahresbericht vor kurzem den angeschlossenen Vereinen zugehen ließ.

Aber die Entwicklung der Genossenschaften in Großbritannien macht ein Bericht des englischen Handelsamtes bemerkenswerte Angaben. Wir entnehmen Auszügen daraus folgendes: Im Jahre 1909 hatten die verschiedenen Konsum- und Produktionsgenossenschaften 2 597 236 Mitglieder. Die Zahl der Mitglieder war seit dem Jahre 1899 um 917 221 oder 55 Prozent gestiegen. Der Umsatz aller Genossenschaften betrug im Jahre 1909 (ausschließlich der Bank-, Kredit- und Versicherungsgeschäfte und der Bautätigkeit) beinahe 132 000 000 Pfund Sterling (2640 Millionen Mark), was gegen 1899 eine Zunahme von 75 Prozent (56½ Millionen Pfund Sterling) ausmacht. Die große Mehrheit der Gesellschaften sind Arbeitergenossenschaften. Es gab deren im Jahre 1909 1580 mit einer Mitgliedschaft von 2 512 048. Der Wert der von diesen Genossenschaften verkauften und produzierten Waren betrug im Jahre 1909 128 Millionen Pfund Sterling und hatte gegen 1899 um 74 Prozent (45 Millionen Pfund Sterling) zugenommen. Die Konsumgenossenschaften allein setzten im Jahre 1909 annähernd 70½ Millionen Pfund Sterling um, 25 Millionen Pfund Sterling mehr als 1899. Die beiden Großeinkaufsgenossenschaften (die englische und die schottische) hatten einen Umsatz von über 83 Millionen Pfund Sterling, beinahe 14 Millionen Pfund Sterling mehr als im Jahre 1899. Etwa 50 Prozent der verkauften Waren wurden in Betrieben unter genossenschaftlicher Kontrolle, wozu die landwirtschaftlichen gerechnet sind, hergestellt. Der Wert der auf genossenschaftlichem Wege produzierten Waren betrug 24 Millionen Pfund Sterling, wovon 21 Millionen Pfund Sterling auf die produktiven Betriebe der Konsum- und Großeinkaufsgenossenschaften entfielen. Die landwirtschaftliche Genossenschaftsbewegung setzte ein im Jahre 1895. Im Jahre 1909 bestanden 653 landwirtschaftliche Genossenschaften mit einem Gesamtumsatz von 3 609 172 Pfund Sterling (72 188 440 Mark). Die neueste genossenschaftliche Entwicklung in Großbritannien ist die genossenschaftliche Lebensversicherung. Die Gesellschaft wurde im Jahre 1904 ins Leben gerufen. Gegen Zahlung einer jährlichen Prämie, deren Höhe sich nach dem Umsatz der Konsumgenossenschaft richtet, kann die Konsumgenossenschaft das Leben ihrer einzelnen Mitglieder versichern. Die Höhe der von dem Versicherten zu zahlenden Prämie richtet sich nach seinem Wareneinkauf bei der Konsumgenossenschaft. Ende 1910 gehörten 277 Genossenschaften der genossenschaftlichen Versicherungsgesellschaft an; diese Genossenschaften hatten zusammen 441 979 Mitglieder. H. F.

## Notizenteil.

### Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Im Rüdlich-Wurzen-Grimmaer Steinbruchgebiet streifen seit einigen Wochen die Steinarbeiter und Steinarbeiterinnen. Ihr Kampf lenkt die Aufmerksamkeit auf ihre höchst verbesserungsbedürftigen Arbeitsbedingungen, wie sie in einer gut besuchten Versammlung in Rüdlich bei Wurzen beleuchtet wurden. Nach einer Statistik für 1910 schwanken die Jahreseinkommen der Steinarbeiter zwischen 992 und 1114 Mk. Gewiß niedrig genug, besonders aber in Anbetracht der gefährlichen und schweren Arbeit. Da die Männer so wenig verdienen, müssen auch die Frauen mit in die Steinbrüche. Ihr Tagelohn für sechsstündige, anstrengende Arbeit beträgt 1 Mk., 1,20 Mk., manchmal 1,50 Mk. Weit über ihre Jahre hinaus gealtert sehen die Frauen aus, die in den Steinbrüchen dem Kapital fronden. Die Statistik der Berufsgenossenschaft führt nach den Grubenarbeitern die Steinbrucharbeiter als die Arbeiterschicht auf, die durch ihren Beruf am gefährlichsten ist. Und die Ursachen des Streiks, in dem 900 Arbeiter stehen, darunter fast 100 Frauen? Die Arbeiter forderten einen Lohnstarif, wie er schon in vielen Steinbruchgebieten eingeführt ist. Dieser Tarif hätte einige Lohnverbesserungen gebracht, die durch die Lebensmittelteuerung sowie erhöhte Steuerlasten nur allzu gerechtfertigt werden. In der Versammlung herrschte ein kampfesfreudiger Geist und die anwesenden Proletarier gaben ihrem Willen Ausdruck, fest zusammen zu stehen, bis der Sieg errungen ist.

Aug. Hennig.

Wo wäre die weibliche Arbeitskraft nicht willkommen, um dem Kapital Mehrwert zu schaffen? Auch in der **Seilmetallbranche** werden mit Vorliebe weibliche Arbeitskräfte ausgebeutet. So sind bei der Aktiengesellschaft und Weltfirma Hugo Schneider in Leipzig-Paunsdorf von 2000 beschäftigten Personen 1400 Frauen.

Die Zustände in diesem Betrieb wurden in einer von 1000 Personen besuchten Betriebsversammlung einmal schärfer unter die Lupe genommen. Die Stundenlöhne für Frauen sind festgesetzt auf 18, 18 und 20 Pf. Doch meist werden nicht einmal diese niedrigen Lohnsätze eingehalten, sondern willkürlich noch viel erbärmlichere Sätze gezahlt. Den Löhnen entspricht die Behandlung oder richtiger die Mißhandlung der Arbeiterinnen. Jedes Paket, das eine Arbeiterin bei sich trägt, ob es nun das Frühstück oder den Arbeitsrod enthält, wird genau untersucht beim Betreten des Betriebs der Fabrik. Feinlich wird nachgesehen, ob arbeitssuchende Frauen oder Mädchen etwa schwanger sind, denn Schwangere werden nicht eingestellt. Aus ihnen ließe sich ja nicht soviel Profit heraus-schinden und sie könnten der Betriebskrankenkasse zur Last fallen. In der Versammlung, in der die Unterzeichnete sprach, trat eine ganze Anzahl von Teilnehmern der gewerkschaftlichen Organisation bei. Sie bekundeten dadurch ihre Einsicht, daß die Ausgebeuteten sich nur durch Zusammenschluß gegen die drückenden menschenunwürdigen Verhältnisse wehren können. Die Firma ließ es die Arbeiter und Arbeiterinnen auch in der Versammlung fühlen, daß sie sie als ihre Sklaven betrachtet. Hatte sie doch zwei Beamte und vier Schreibfräulein zur Beobachtung aufgeboden. Eine Illustration der „Freiheit“, wie die Herren Kapitalisten sie meinen. A. Hennig.

### Fürsorge für Mutter und Kind.

**Der Kindergarten im Armenhaus zu Nürnberg.** „Bahnbrechend wie auf so vielen Gebieten der Wohlfahrtspflege ging die Stadt Nürnberg auch mit dieser Einrichtung voran.“ So beginnt Sofia Frank im „Nürnberger Generalanzeiger“ eine Abhandlung über die Kinderfürsorge der Armenpflege. Diesen einleitenden Worten des Artikels muß widersprochen werden. Nürnberg hätte heute noch keinen Kindergarten, wenn nicht gegen den Willen des Stadtmagistrats andere Kräfte für die Institution gewirkt hätten. Schon im Frühjahr 1910 wurde im Ausschuß für Armenanstalten auf die dringende Notwendigkeit eines Kindergartens für das Armenhaus Gallertor hingewiesen. Und trotzdem der gesamte Ausschuß hinter dem entsprechenden Antrag stand, verhielt sich der „freisinnige“ Stadtmagistrat ablehnend. Er ging also nicht bahnbrechend voran, sondern hinderte die geheißelte bescheidene Reform. Seine sozialpolitische Kurzsichtigkeit lähmte die Schaffenskraft des Ausschusses für die Armenanstalten. Unsererseits mußte geböhrt und immer wieder geböhrt werden, damit die Sache nicht einschliefe. Die Vertreter der Sozialdemokratie haben somit den Stein erst ins Rollen gebracht. Die Aufnahme einer Statistik ergab, daß allein im Armenhaus Gallertor 20 Familien mit 70 Kindern untergebracht waren, davon 60 im Alter von 2 bis 13 Jahren. Die Kleinen liefen in einem entsetzlich verwahrlosten Zustand in der alten Fronfeste umher. Hier galt es zu handeln, um diese jungen Menschenkinder trotz der trostlosen Umgebung zu bewahren und zu heben. An Sauberkeit und gutes Benehmen wenigstens sollten die armen Kinder zunächst gewöhnt werden.

Ausgangs 1911 wurde endlich die primitive Kinderfürsorge eröffnet; Fräulein Buchner stellte in anerkannter Weise ihre Arbeitskraft als Kinderlehrerin unentgeltlich zur Verfügung. Der beschränkten Raumverhältnisse wegen konnten aber in der Kinderfürsorge nur 25 Kleine aufgenommen werden, die sich meist im vorschulpflichtigen Alter befanden. Über die Hälfte der Pflege und Ordnung bedürftigen Kinder konnte keine Aufnahme finden. Dem Stadtmagistrat bietet sich nunmehr reichlich Gelegenheit, das Nachgeholt, was ihm in liebenswürdiger Weise von der Artikelschreiberin angebidtet wird.

Interessant war das Verhalten der Mütter respektive der Eltern im Armenhaus vor der Eröffnung des Kindergartens. Fast durchgehends wollten die Mütter nichts davon wissen, ihre Kinder einer Kinderlehrerin anzuvertrauen. Der Errichtung des Kindergartens standen alle Eltern feindlich gegenüber. Aber wie wandelten sich die Ansichten, als die Kinderfürsorge eröffnet war. Nunmehr wollten alle Mütter ihre Kinder dahin schicken, selbst die Kleinsten sollten der Kinderlehrerin anvertraut werden. Laut Beschluß wurden die Kinder der erwerbstätigen Mütter bevorzugt, weil nur 25 Kinder Aufnahme in den Räumen der Kinderfürsorge finden konnten. Meidvoll stand die andere große Schar und schaute auf die Auserlesenen. Manches Kinderauge füllte sich mit Tränen. Wenn die den Nürnberger Magistrat rühmende Artikelschreiberin behauptet, daß allen in dem genannten Gebäude wohnenden Kindern Aufnahme in der Kinderfürsorge gewährt wird, sobald sie nur das zweite Lebensjahr erreicht haben, so trifft das mithin ebenfalls nicht zu.

Zum Schluß sei der Artikelschreiberin noch eins bemerkt. Nicht als Akt der Wohlthätigkeit ist die Kinderfürsorge im Armenhaus Gallertor zu betrachten, sondern als Pflichtleistung der Kommunen, Kindergärten für die vorschulpflichtigen Kleinen zu schaffen und ebenso auch entsprechende Fürsorgeeinrichtungen für die schulpflichtigen Kinder, die zu Hause jeder Beaufsichtigung entbehren. Solche Institutionen sollten nicht nur in Armenhäusern errichtet werden, sondern in allen Stadtgegenden, wo die Kinder zahlreich sind, und die Eltern sich ihnen der sozialen Verhältnisse wegen nicht genügend widmen können. Dank der Vertreter der Sozialdemokratie ist die Errichtung von Kindergärten eine Frage praktischer Kommunalpolitik in Nürnberg geworden. Der Anfang ist gemacht — zur großen Befriedigung aller Beteiligten. Die Sozialdemokratie wird dafür sorgen, daß weitere Fortschritte auf diesem Gebiet kommunaler Betätigung folgen.

Helene Grünberg.

### Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

**Eine Friedenskundgebung sozialdemokratischer Frauen in Südafrika** verdient Beachtung. Sie fand in Johannesburg (Transvaal) unter dem Vorh. der Genossin Fitzgerald statt. In einer glühenden Begrüßungsansprache ließ diese nur den einen Krieg gelten: den für die Befreiung der Menschheit aus den Fesseln der kapitalistischen Ordnung, die den Militarismus und den Imperialismus großzieht. Genossin Fitzgerald griff scharf die bürgerlichen Frauenorganisationen an, die die Rüstungen und die Kriegshege mitmachen und fördern. Sie schlennderte gegen diese den Vorwurf, daß sie die Weiblichkeit mehr schändeten als Strahlenbirnen, die Opfer der Ausbeutungswirtschaft seien. Genosse Manson kritisierte eingehend den Rüstungswahnsinn, und in der Diskussion sprach Genossin Dora B. Montefiore eindrucksvoll gegen den Völkermord und für den Weltfrieden des revolutionären Proletariats aller Länder. Genossin Montefiore hat von Australien aus eine Agitationsreise durch die englischen Kolonien in Afrika unternommen.

**I. K. Der Internationale Frauenrat der sozialistischen und Arbeiterorganisationen Großbritanniens** nahm in seiner letzten Vierteljahrsversammlung den Bericht über die nationale und internationale Korrespondenz entgegen. Er diskutierte des weiteren über die soziale Fürsorge für anormale Kinder. Die Grundlage dafür bildeten Vorträge von Genossin Reeves über die Fürsorge für Schwachsinige nach der Armengesetzgebung; von Genossin Satter über die Fürsorge für Krüppelkinder; von Genossin Wilson über das Gefängnisystem und die geistig Minderwertigen; von Genossin Fairfield über Versuche und Vorschläge zur sozialen Fürsorge für all diese Unglücklichen. Die Schlussfolgerungen der Vorträge waren in dieser Resolution niedergelegt, die Zustimmung fand: „Um einem Anwachsen der sozialen Last der untauglichen entgegenzuwirken, muß die Allgemeinheit die volle und dauernde Verantwortlichkeit für Unterhalt und Erziehung der geistig Minderwertigen so lange übernehmen, als sie unfähig sind, sich selbst zu unterhalten; ferner muß sie für passende Überwachung und Nachpflege sorgen, um die Gefahr von Verbrechen und weiterer Entartung abzuwehren.“

### Frauenstimmrecht.

**Die Behandlung des Frauenstimmrechts im jetzigen preussischen Abgeordnetenhaus.** Die Petitionskommission des Abgeordnetenhauses hatte beantragt, eine Petition des preussischen Landesvereins für Frauenstimmrecht um Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für beide Geschlechter als ungeeignet zur Erörterung im Plenum zu erklären. Diesem Antrag beizutreten, genierte sich das Plenum doch, es verwies die Petition an die Kommission zurück, und die Kommission war dadurch gezwungen, einen schriftlichen Bericht zu geben. Sie hat sich ihrer Aufgabe mit bürren Worten entledigt:

Eine grundsätzliche Erörterung über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Preußen für beide Geschlechter würde eine unerlöste Diskussion herausbeschwören, ohne daß die Sache selbst auch nur den allgeringsten Vorteil davon haben würde. Im Gegenteil. Die Ausschreitungen der englischen Suffragetten haben auch in Deutschland die Bestrebungen des Petenten nicht gefördert. Eine grundsätzliche Erörterung würde zurzeit die Gegensätze zwischen den Fremden und Gegnern des geforderten Wahlrechts eher verschärfen als mildern.

Es bleibt daher nur zu untersuchen, ob das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für Männer und Frauen in Preußen Aussicht auf Einführung hat. Eine solche Aussicht besteht nicht!

Im Abgeordnetenhaus ist nicht einmal eine Mehrheit vorhanden für die Übertragung des Reichstagswahlrechts der Männer, geschweige denn auch der Frauen. Im Herrenhaus hat die Petition erst recht keine Aussicht auf Erfolg. Die königliche Staatsregierung lehnt gleichfalls ein solches Wahlrecht ab. Der Minister des Innern hat auf eine Anfrage noch folgende Erklärung abgegeben:

„... Um aber jeden Zweifel nach dieser Richtung hin zu beseitigen, möchte ich heute nochmals ausdrücklich aussprechen, daß die Übernahme des Reichstagswahlrechts auf Preußen nach wie vor nicht in Frage kommen kann.“

Angesichts dieser Tatsachen kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der Forderung des Petenten jeder Erfolg ver sagt bleiben wird.

Mit dieser „Begründung“ ging die Kommission auf Antrag des Berichterstatters, des Zentrumsabgeordneten Gronowitsch, zur Tagesordnung über. Die Herren hätten sich noch kürzer fassen können. Es ist doch wohl nur eine höfliche Ausflucht, wenn Vertreter der herrschenden Parteien des preussischen Abgeordnetenhauses Furcht vor unerlösten Diskussionen vorschützen. In der preussischen „Volksvertretung“ kann unerlösten Diskussionen jederzeit durch Polizei ein Ende gemacht werden. Auch der Hinweis auf die englischen Suffragetten, so sinnlos er ist, ist eines echten Preußen nicht würdig. Der schießt nicht nach außerpreussischen Ländern, um seine Beschränktheit zu begründen. Die Erwähnung der ablehnenden Stellung der königlichen Staatsregierung ist ebenso überflüssig. Denn die richtige Antwort nach dem Herzen der Herrschenden in Preußen auf die Forderung des vollen Bürgerrechts für das weibliche Geschlecht hat jener Polizeileutnant gegeben, der am 12. Mai am Schönhauser Tor wehrlose Frauen niedererschlug und mit Füßen trat.

**Ein erzreaktionäres Frauenwahlrecht fordern italienische Frauenrechtlerinnen.** Wie die „Difesa delle Lavoratrici“ mitteilt, agitieren bürgerliche Frauenrechtlerinnen für eine Petition an die Kammer, in der das Frauenwahlrecht nur für das Hauslein Damen gefordert wird, die höhere Bildungsanstalten besucht und ihre Studien dort zum Abschluß gebracht haben. Die Petition zeigt augenscheinlich, daß es den Frauenrechtlerinnen nicht um das Recht ihres Geschlechts, sondern um die Macht ihres Besitzes geht, denn in der bürgerlichen Gesellschaft ist die höhere Bildung ein Vorrecht des Besitzes. Die Bekundung solch antidemokratischer Gesinnung muß besonders in der Zeit auffallen, wo sogar die Bourgeoisregierung Italiens sich gezwungen sieht, den männlichen Analphabeten das Wahlrecht zu verleihen. Die Damen sind also reaktionärer als die Regierung. Und das redet von Kampf für Fortschritt und Kultur!

### Die Frau in öffentlichen Aemtern.

Der Tätigkeit der Armenpflegerinnen in Berlin wird in dem letzten fünfjährigen Verwaltungsbericht der Stadt folgendes Lob gezollt: „Die Äußerungen der Armenvorsteher lauteten überwiegend zugunsten der Armenpflegerin. Eine Anzahl von ihnen erklärte, daß sie ursprünglich gegen die Heranziehung von Frauen zur öffentlichen Armenpflege gewesen seien, seitdem aber die umsichtige, sorgfältige und fleißige Arbeit der Pflegerin schätzen gelernt hätten. Im ganzen hatte sich von den befragten 24 Armenkommissionen nur eine gegen die Beschäftigung von Frauen erklärt, eine war noch zweifelhaft in ihrer Beurteilung, während die übrigen entschieden dafür eintraten.“ Die Tat, die Arbeit bleibt das wirksamste Mittel, das bürgerliche Vorurteil gegen die öffentliche Betätigung des weiblichen Geschlechts zu widerlegen.

Die Zuziehung der Frauen zur Berliner Armenverwaltung bezweckt ein Antrag, den der sozialdemokratische Stadtverordnete Dr. Rosenfeld bei der Armenverwaltung eingebracht hat. Der Antrag fordert zunächst die Einsetzung einer Subkommission, die die Frage prüfen soll. Er wurde erst nach langer Debatte gegen eine erhebliche Minderheit angenommen. Die in Berlin tätigen Armenpflegerinnen haben sich in ihrem Amt durchaus bewährt. Das wird sogar von den Armenvorstehern anerkannt, die sich früher heftig gegen die Mitarbeit der Frauen gestäubt haben. Diese werden auch den Aufgaben der Armenverwaltung gerecht werden.

### Literarisches.

Eine bereichernde und erfreuende Lektüre für Proletarierinnen bietet das „Gedenkbuch, Zwanzig Jahre österreichische Arbeiterinnenbewegung“, das unsere Genossin Adelheid Popp im Auftrage des Reichsfrauenkomitees zur Feier des zwanzigjährigen Bestehens der „Arbeiterinnenzeitung“ herausgegeben hat. Das 169 Seiten starke Büchlein ist in guter Ausstattung bei der Volksbuchhandlung „Vorwärts“, Wien V, erschienen und kostet für Organisationen 1,10 Kronen. Tief empfundene Verse des trefflichen

proletarischen Dichters Alfons Pego lb leiten es ein: „Das Licht“. In einem zusammenfassenden Überblick von Genossin Popp und in vielen kurzen Einzelbeiträgen der Genossinnen Woschel, Proft, Pölzer, Adler, Jost und anderer führender Genossinnen zieht der Entwicklungsgang unserer Schwesternbewegung in Österreich an uns vorüber. Das aber nicht in blutleeren geschichtlichen Zusammenstellungen, sondern als persönlich Erlebtes und Empfundenes. Darin gerade liegt der Reiz des Buches. Ob uns von dem Erwachen der Proletarierinnen und den ersten Schritten, dem weiteren Werden ihrer Klassenbewußten Bewegung in Wien, Oberösterreich, Nordböhmen oder sonst einer Gegend erzählt wird: alles wirkt frisch, unmittelbar, alles ist Leben, nichts Klischee. Wir erleben mit den Genossinnen, die die tätigsten am Werke waren und sind, die ersten Agitationsversammlungen für Frauen, die ersten zitternd in der Öffentlichkeit gestammelten Worte, die großen, vielgestaltigen Schwierigkeiten, unter denen die frühesten Aufklärungs- und Organisationsarbeit vor sich geht, das Langen und Bangen um den Erfolg und die feste, jubelnde Gewißheit, nicht vergebens gewirkt zu haben. Und mit dem allem lernen wir mehr kennen, als eine Reihe wichtiger Tatsachen und Daten über die Lage des österreichischen Proletariats und seiner Frauen insbesondere; über den Werdegang und Stand der proletarischen Frauenbewegung, über die Unterstützung und Förderung, die sie im allgemeinen durch die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften erhalten hat. Wir empfinden den Herzschlag dieser Bewegung, das Weben und Walken der höchsten Ideale und Kräfte, die von dem Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse, die von der sozialistischen Erkenntnis in den ausgebeuteten Massen erweckt und entwickelt werden. Der Geist des „Gedenkbuchs“ wird in dieser Hinsicht am treffendsten durch das charakterisiert, was zwei Genossinnen geschrieben haben, die von den gegenwärtigsten Verhältnissen zum Sozialismus gekommen sind: Anna Altmann, die älteste sozialdemokratische Rednerin und Organisationsleiterin in Österreich, die — wie die weitaus meisten der führenden Genossinnen — in ihrem Leben die dunkelsten Tiefen proletarischen Elends durchgemessen hat, und Emmy Freundlich, die aus den blühenden Gärten der Bourgeoisie ihren Weg zu uns gefunden hat. Genossin Altmann schreibt: „Von frühester Kindheit zu Mangel und Entbehrung verurteilt, bei harter Arbeit der Kinderfreuden beraubt, in stetem Kampf um die Befreiung aus den Fesseln ökonomischer Knechtschaft, habe ich ein ernstes Proletarierleben durchlebt. Aber wenn auch das harte Schicksal unerbittlich die Keule gegen mich schwingt, so blieb ich doch in allen Lebenslagen meinem Ideale treu. Der revolutionäre Blutstropfen spornte mich immer wieder zu neuer Tätigkeit; und so kann ich am Abend meines Lebens mit Beruhigung sagen, daß ich nicht umsonst gelebt habe. Ich habe mich in früher Jugend in den Dienst der Arbeiterbewegung gestellt, manch Samenörnlein habe ich ausgestreut, woraus ein Baum wurde; in versteckten Erdentümpeln, in unwirklichen Gebirgsgegenden habe ich bei Sturm und Wetter die Idee der Freiheit und Gleichberechtigung verpflanzt, und wenn ich auch für all die mühselige Arbeit nichts erobert habe, so trage ich doch mit dem Gedanken, solange es mir möglich ist, jederzeit für meine darbedenden Brüder eine Lanze zu brechen, für die Befreiung meiner arbeitenden Schwestern zu kämpfen.“

Genossin Freundlich schließt den Rückblick auf ihre „Lebensjahre in der Heimat“ wie folgt: „Immer wieder aber lerne ich den tiefen sittlichen Gehalt bewundern, immer wieder fühle ich den hohen Wert, der unbewußt die Massen durchdringt, als den Boden meiner eigenen Kraft. Immer enger und enger knüpfen sich die Bande zwischen mir und den Menschen und dem Geiste des Sozialismus. Er war auch für mich der Weg ins Freie, der mich verzichtend ließ auf kleinlichen Tand und kleinliche Vorteile, und der alles Gute, das in mir lebt, gereift hat. Meine ganze Arbeit im Dienste der Partei ist in allem Dankbarkeit, Dankbarkeit für all die Hilfe, die ich aus meinen Kämpfen im Sozialismus gefunden habe, und Dankbarkeit für all die inneren Reichtümer, die mir durch den Kampf um die Befreiung der Menschen geworden sind. In allen trüben Stunden finde ich immer wieder die Kraft und den Glauben, weil ich an der Opferfreudigkeit und der unbeugsamen Energie der Arbeiterklasse immer wieder das erhebende Beispiel unzerstörbarer Kraft habe.“

Wir empfehlen unseren Genossinnen die Lektüre und die Verbreitung des „Gedenkbuchs“. Es wird auf noch Indifferenten und jugendliche eine vorzügliche agitatorische Wirkung ausüben. Es wird den tätigen Genossinnen ein gutes und schönes Stück Erinnerungen an Selbsterlebtes erstehen lassen und ihren Mut, ihre Kampffreudigkeit erhöhen.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Petzin (Gunde), Wilhelmshöf 4, Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von S. S. W. Diez Nachf. G.m.b.H. in Stuttgart.